

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

Unterschiede in den Lebensbedingungen innerhalb der Europäischen Union kaum verringert	1
The First Measured Century Ein Buchhinweis	6
4. Konferenz der „International Society for Quality-of-Life Studies“	6
Informationsstand und allgemeine Grundüberzeugungen bestimmen Euro-Skepsis	7
Auszug aus dem Elternhaus, Heirat und Elternschaft werden zunehmend aufgeschoben	12
Soziale Exklusion und Inklusion: Indikatoren und Berichtssysteme für Wissenschaft und Politik	14
Benchmarking Deutschland: Arbeitsmarkt und Beschäftigung Ein Buchhinweis	15
Call for Papers: Soziale Indikatoren auf dem Soziologiekongress in Leipzig	16

Unterschiede in den Lebensbedingungen innerhalb der Europäischen Union kaum verringert

Indikatoren zur Entwicklung der sozialen Kohäsion in Europa von der Mitte der 80er bis zum Ende der 90er Jahre.

Die wirtschaftliche und soziale Kohäsion Europas stellt eines der Hauptziele der Europäischen Vereinigung dar. Dieses Ziel wurde erstmals im Vertrag von Maastricht explizit formuliert und in zahlreichen Dokumenten der europäischen Union immer wieder bekräftigt. Mit sozialer Kohäsion ist zum einen der gesellschaftliche Zusammenhalt innerhalb der einzelnen Länder gemeint. Zum anderen wird soziale Kohäsion aber auch auf der europäischen Ebene angestrebt: Der Zusammenhalt zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union soll verstärkt werden. Im vorliegenden Beitrag werden zwei Dimensionen des Zusammenhalts unterschieden: zum einen die Ungleichheit der Länder im Hinblick auf die Qualität der Lebensbedingungen in verschiedenen Bereichen und zum anderen die sozialen Bindungen zwischen den Ländern. Letztere lassen sich anhand von Einstellungen und Kontakten zu Angehörigen anderer Länder, der Übereinstimmung von Wertorientierungen, Gefühlen der Zusammengehörigkeit und einer gemeinsamen europäischen Identität charakterisieren. Zu beiden Dimensionen wird die Entwicklung ausgewählter Indikatoren von Mitte der 80er bis Ende der 90er Jahre dargestellt¹. Die zentrale Fragestellung ist, ob die soziale Kohäsion zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in diesem Zeitraum stärker geworden ist und die Vereinigung Europas damit nicht nur hinsichtlich politischer, sondern auch hinsichtlich sozialer Aspekte weiter fortgeschritten ist.

Ende der 90er Jahre in allen Bereichen große Wohlfortsdisparitäten zwischen den EU-Ländern

Im Folgenden wird zunächst der Blick auf die Unterschiede der Lebensbedingungen in den Ländern der Europäischen Union am Ende der 90er Jahre gerichtet. Tabelle 1 zeigt ausgewählte Indikatoren des Wohlfortsniveaus im Hinblick auf materiellen Wohlstand, Bildung, Erwerbstätigkeit, Gesundheit, Sozialschutz, Verkehr und Umwelt. Im Rahmen dieses Beitrags können nicht alle Ergebnisse im Einzelnen diskutiert, sondern nur wenige zentrale Befunde herausgestellt werden:

– Luxemburg weist das mit Abstand höchste *materielle Wohlstandsniveau* auf, während

Griechenland, Portugal und Spanien die Schlusslichter bilden. Insgesamt sind nach wie vor große Disparitäten zwischen den materiellen Lebensbedingungen der wohlhabenden und weniger wohlhabenden Länder festzustellen.

– Im Bereich *Bildung* findet man gemessen an den öffentlichen Bildungsausgaben Dänemark und Schweden an der Spitze der Länder der Europäischen Union. Schweden weist darüber hinaus hinter dem Vereinigten Königreich und Belgien die dritthöchste Zahl von Teilnehmern an weiterführender Bildung auf². Eine relativ schlechte Position im Hinblick auf beide Bildungsindikatoren nehmen Griechenland, Irland und Deutschland ein³.

- Die skandinavischen Länder weisen mit Quoten von über 70% die höchste *Erwerbsbeteiligung* von Frauen in der EU auf, während beispielsweise Italien, Spanien und Griechenland Frauenerwerbsquoten von weniger als 50% erreichen. Mit Ausnahme von Portugal herrscht in den südeuropäischen Ländern, insbesondere in Spanien, auch eine sehr hohe *Arbeitslosigkeit*.
- Die *Gesundheitsindikatoren* zeigen für die schwedische Bevölkerung die mit Abstand günstigste Situation an. Auch in Finnland findet man gute Verhältnisse vor. Dagegen sind in Griechenland, Irland, Luxemburg, Spanien, Portugal und auch im Vereinigten Königreich klare Defizite zu erkennen. Griechenland nimmt nicht nur bei der Säuglingssterblichkeit eine Spitzenposition ein, sondern weist darüber hinaus den mit Abstand höchsten Zigarettenkonsum auf.
- Auch im Hinblick auf die *Sozialschutzausgaben* ergibt sich für die südeuropäischen Länder Spanien, Griechenland und Portugal sowie für Irland ein vergleichsweise niedriges Wohlfahrtsniveau, während insbesondere Luxemburg, die skandinavischen Länder sowie Frankreich relativ hohe Beträge für den Sozialschutz ausgeben.

- Die Beurteilung der *Verkehrsverhältnisse* fällt je nachdem, ob an der Dichte des Eisenbahnnetzes oder der Zahl der Verkehrsunfallopfer gemessen, ganz unterschiedlich aus. Belgien und Deutschland verfügen über das bei weitem dichteste Eisenbahnnetz, weisen aber auch eine relativ hohe Zahl von Verkehrsopfen auf. In den skandinavischen Ländern ist das Schienennetz zum Teil sehr dünn, was auch durch ihre geringe Bevölkerungsdichte bedingt ist. Gleichzeitig liegt die Zahl der bei Verkehrsunfällen verletzten Personen auf einem sehr niedrigen Niveau. Als einziges Land schneidet Portugal gemessen an beiden Indikatoren im europäischen Vergleich schlecht ab.
- Auch die verschiedenen Indikatoren zur Qualität der Umwelt ergeben für die meisten Länder teils eher positive teils eher negative Aspekte. Österreich erreicht als einziges Land bei allen drei (vgl. Fußnote Graphik 1) Indikatoren vergleichsweise günstige Werte. Darüber hinaus kann man auch in Schweden und Portugal relativ gute Umweltverhältnisse konstatieren. Die insgesamt schlechteste Umweltqualität weisen Belgien und Luxemburg auf.

Wie ist nun die Disparität der Lebensbedingungen insgesamt in Europa zu beurteilen und

welche Entwicklungen haben seit Mitte der 80er Jahre stattgefunden? Um diese Frage zu beantworten, wurde für jeden der in Tabelle 1 aufgeführten sowie für einige weitere Indikatoren (s. Fußnote Graphik 1) der Wert jedes Landes in Relation zu dem Land mit dem jeweils besten Indikatorwert gesetzt. Die daraus resultierende Standardisierung der unterschiedlichen Messdimensionen der Indikatoren in Form von Indexwerten von 0 bis 100 ermöglicht eine Aggregation der einzelnen Indikatoren zu einem Gesamtindex⁴. Dieser Gesamtindex vermittelt ein zusammenfassendes Bild der Lebensverhältnisse in den einzelnen Ländern jeweils relativ zum Niveau in dem Land mit den günstigsten Lebensbedingungen. Für jeden Indikator wurden Daten für drei Beobachtungszeitpunkte zusammengestellt und die entsprechenden Indexwerte berechnet. Je nach Indikator stammen die Daten für den ersten Zeitpunkt aus den Jahren 1985, 1986 oder 1987, für den zweiten Zeitpunkt aus den Jahren 1991, 1992 oder 1993 und für den dritten Zeitpunkt aus den Jahren 1997, 1998 oder 1999. Auf dieser Basis kann untersucht werden, wie sich Disparitäten zwischen den Ländern der Europäischen Union im Hinblick auf die Lebensbedingungen im Einzelnen sowie insgesamt von der Mitte der 80er Jahre bis zum Ende der 90er Jahre entwickelt haben.

Tabelle 1: Ausgewählte Indikatoren der Lebensbedingungen in den Ländern der Europäischen Union

	Materieller Wohlstand		Bildung		Erwerbstätigkeit		Gesundheit		Sozialschutz	Verkehr		Umwelt	
	BIP/Kopf ¹	Priv. Verbr./Kopf ²	Ausgaben ³ in % des BIP	Beteiligung Sek. II ⁴	Erw. quote ⁵ Frauen	Arb. losenquote ⁶	Säugl. sterblichkeit ⁷	Zigaretten/Kopf ⁸	Ausgaben/Kopf ⁹	Eisenbahnnetz ¹⁰	Verkehrsunfallopfer ¹¹	CO ₂ ¹²	SO ₂ ¹³
	KKS	KKS	%	%	%	%	Zahl/100.000	jährl. Zahl	KKS	km	Zahl/100.000	kg/Kopf	
	1997	1997	1998	1997/98	1999	1999	1999	1999	1997	1998	1998	1997	1997
A	17032	9539	6,3	68,3	62,7	3,9	4,4	2323	5603	67,2	644	7,4	6,0
B	16876	10647	5,2	84,2	56,0	8,8	5,3	1472	5343	110,0	708	11,4	21,6
D	16170	9131	4,6	57,3	62,9	8,6	4,6	2258	5715	106,8	616	10,1	16,6
DK	17911	9387	8,3	61,6	76,1	5,2	4,2	2003	7390	51,9	182	12,1	20,8
E	12585	7497	4,5	71,6	48,5	15,9	4,9	2678	3206	24,4	374	6,2	38,2
F	16946	10062	6,0	59,9	62,2	11,2	4,8	1712	6205	58,3	301	6,1	13,0
FIN	15545	7724	6,2	79,6	71,2	10,2	3,6	1139	5948	17,4	184	11,4	19,3
GR	9297	6925	3,5	56,6	48,5	11,6	5,9	3355	2973	19,0	339	7,9	50,6
I	15834	9844	4,9	62,0	45,6	11,3	5,1	1888	5503	53,3	521	7,0	17,8
IRL	16274	8031	4,5	47,7	54,3	5,6	5,5	2355	3702	27,7	357	9,9	45,4
L	25795	14014	4,3	37,6	50,4	2,4	4,7	2621	8146	91,3	369	20,3	14,3
NL	16785	9816	4,9	58,4	64,4	3,4	5,2	1298	5451	68,5	314	10,9	7,6
P	10295	6739	5,7	50,4	63,0	4,5	5,4	2007	2641	30,4	687	4,8	33,6
S	16089	7947	8,0	83,6	74,6	7,2	2,9	867	6555	27,1	247	5,8	5,8
UK	15855	10281	4,9	88,2	67,3	6,1	5,8	1674	4196	69,6	572	9,0	27,9

Anmerkungen und Datenquellen: (1) Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Preisen und Kaufkraftstandards von 1990; Europäische Kommission, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ESVG, Aggregatdaten 1970-1997; (2) Private Verbrauchsausgaben pro Kopf in Preisen und Kaufkraftstandards von 1990; Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch für das Ausland 1999; (3) L: 1997; OECD, Education at a Glance; (4) Schüler/Studenten der Sekundarstufe II oder höher als Anteil der 15-24-jährigen; Europäische Kommission, Statistisches Jahrbuch; (5) GR: 1998; Eurostat, New Cronos; (6) Eurostat, Structural Indicators; (7) Anzahl der Lebendgeborenen, die vor Erreichung des 1. Lebensjahres sterben, pro 1000 Lebendgeborene; Europäische Kommission, Statistisches Jahrbuch; (8) Jährlicher Zigarettenkonsum pro 15-jähriger und älterer Person; L: 1994, NL: 1998; WHO, Health for all Database; (9) Öffentliche Sozialausgaben in Preisen und Kaufkraftstandards von 1995; OECD Social Expenditure Database; (10) Länge des Schienennetzes in Kilometer/1000 Quadratkilometer; Europäische Kommission, Statistisches Jahrbuch; (11) Bei Verkehrsunfällen verletzte Personen/100.000 Einwohner; NL: 1997; WHO, Health for all Database; (12) Europäische Kommission, Statistisches Jahrbuch; (13) E, P: 1996; WHO, Health for all Database.

Im Zeitablauf nur geringe Veränderungen der relativen Wohlstandspositionen der Länder

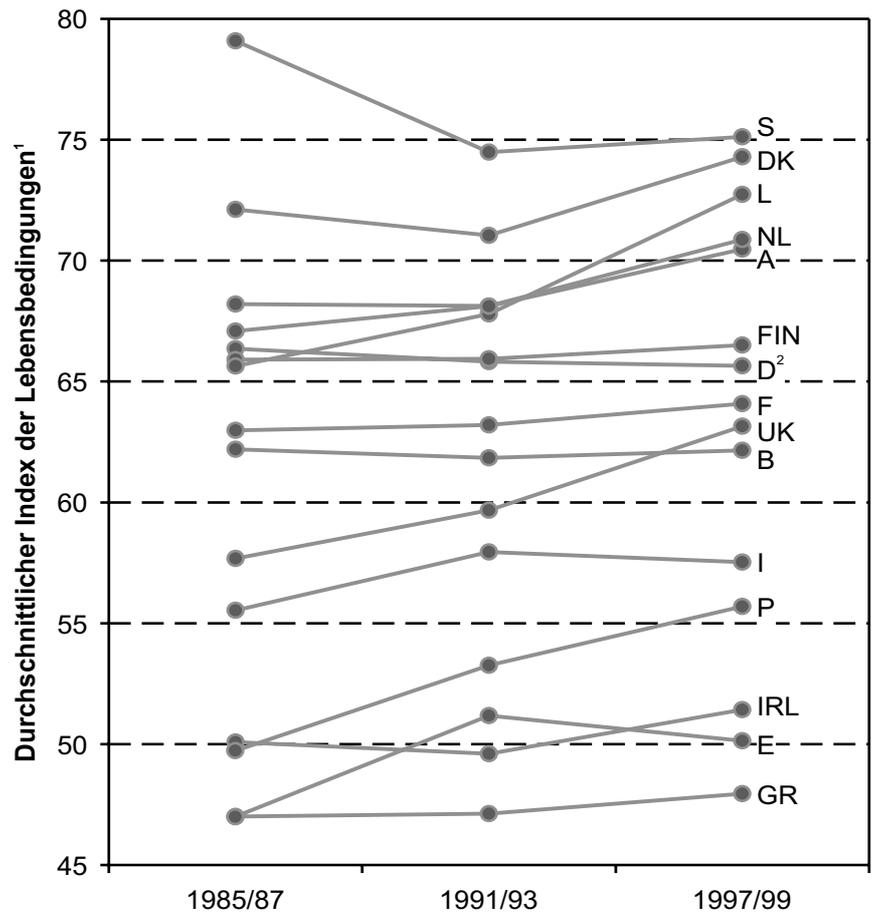
Graphik 1 zeigt, dass die Unterschiede zwischen den EU-Ländern im Hinblick auf die Qualität der Lebensbedingungen am Ende der 90er Jahre noch fast genauso groß sind wie Mitte der 80er Jahre und die meisten Länder ihre relative Wohlstandsposition beibehalten haben. Schweden befindet sich nach wie vor in der Spitzenposition, auch wenn sich der Abstand zu den übrigen EU-Ländern etwas verringert hat. Dies ist vor allem durch ein im europäischen Vergleich gesunkenes materielles Wohlstandsniveau und eine gestiegene Arbeitslosigkeit bedingt. Auf den nächsten Rangplätzen findet man Dänemark, Luxemburg, die Niederlande und Österreich. In all diesen Ländern haben sich die Lebensbedingungen relativ gesehen etwas verbessert. Auf mittleren, unveränderten Positionen liegen Finnland, Deutschland, Frankreich und Belgien. Auch das Vereinigte Königreich nimmt am Ende der 90er Jahre eine mittlere Position ein. Hier kann jedoch eine deutliche relative Steigerung des Wohlstandsniveaus im europäischen Vergleich beobachtet werden, die insbesondere auf Verbesserungen im Hinblick auf das Bildungsniveau, die Frauenerwerbsquote, die Arbeitslosenquote und die Umweltbedingungen zurückzuführen ist. Darüber hinaus hat Portugal seine Stellung erheblich verbessert; hier haben positive Entwicklungen beim Wohlstandsniveau, der Bildung, den Erwerbchancen und der sozialen Sicherung negative Entwicklungen in anderen Bereichen mehr als ausgeglichen. Im Gegensatz dazu haben Spanien und Irland ihre Wohlstandspositionen nur sehr wenig und Griechenland praktisch gar nicht gesteigert. Hier halten sich Verbesserungen und Verschlechterungen in etwa die Waage. Diese drei Länder gehören zu allen drei Erhebungszeitpunkten zu den Schlusslichtern einer Rangordnung der EU-Länder nach der Qualität der Lebensbedingungen.

Die Unterschiedlichkeit der Lebensbedingungen in den Ländern der europäischen Union stellt nur *eine* Dimension dar, an der Fortschritte in der europäischen Integration gemessen werden können. Eine andere, ebenso wichtige Dimension ist der soziale Zusammenhalt zwischen den Ländern, der von gegenseitigem Vertrauen, gemeinsamen Werten, sozialen Beziehungen und Gefühlen der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft von Ländern, der Europäischen Union, getragen wird.

Verbesserung von Fremdsprachenkenntnissen in nahezu allen Ländern

Ein wesentlicher Faktor, der das Verständnis zwischen den Ländern verbessern und so das Zusammenwachsen Europas fördern kann, ist die Verbreitung von Sprachkenntnissen. Graphik 2 zeigt, dass der Anteil der Personen, die sich, nach eigenen Angaben, in einer anderen Sprache als ihrer Muttersprache unterhalten können, zwischen 1987 und 1999 in nahezu allen Ländern gestiegen ist. Damit haben sich

Graphik 1: Ungleichheit der Lebensbedingungen in der europäischen Union



(1) Der Index zeigt für jeden der drei Erhebungszeitpunkte die durchschnittliche Relation der Lebensbedingungen eines Landes zu dem Land mit den besten Lebensbedingungen. In die Berechnung gingen die in Tabelle 1 aufgeführten sowie folgende weitere Indikatoren ein: Anteil der Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel an allen privaten Verbrauchsausgaben; Fernsehgeräte pro 1000 Einwohner; PKW pro 1000 Einwohner; Anteil der 45-49jährigen Bevölkerung mit Abschluss der Sekundarstufe II oder höher; Lebenserwartung von Männern bei Geburt; praktizierende Ärzte pro 1000 Einwohner; Anteil der Sozialschutzausgaben am Bruttoinlandsprodukt; Bruttoinlandsverbrauch an Primärenergie pro Kopf; Anteil der Personen, die in ihrer Wohngegend keinen oder nur wenig Grund zur Klage über alle der nachfolgend aufgeführten 5 Umweltprobleme haben: Qualität des Leitungswassers, Lärmbelastigung, Luftverschmutzung, Müllbeseitigung, Landschaftszerstörung. Bei der Berechnung des Index für Luxemburg wurden zwei Indikatoren ausgeschlossen: Bildungsbeteiligung in Sekundarstufe II und höher und öffentliche Bildungsausgaben in % des Bruttoinlandsproduktes; (2) 1985/87 alte Bundesländer, danach alte und neue Bundesländer.

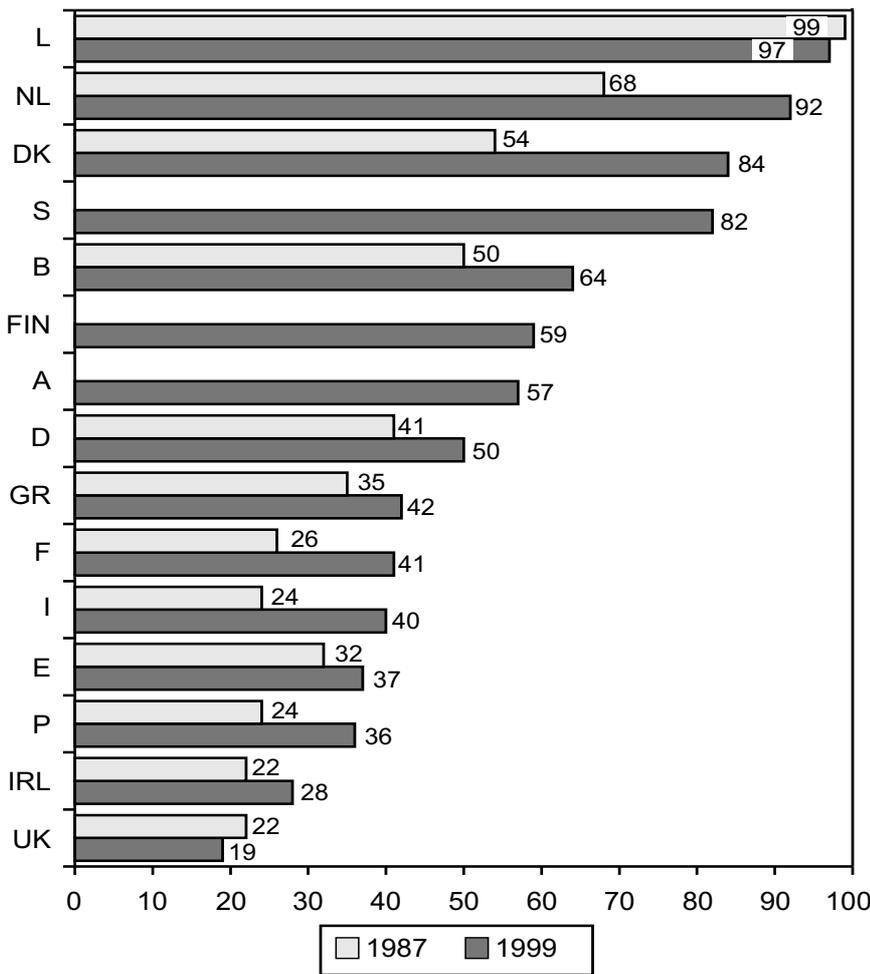
die Voraussetzungen für eine Verstärkung von Beziehungen und Kontakten zwischen Angehörigen verschiedener Länder deutlich verbessert. Jedoch gibt es nach wie vor große Unterschiede zwischen den Ländern. Fast die gesamte Bevölkerung Luxemburgs spricht neben ihrer Muttersprache eine weitere Sprache, zum großen Teil Französisch (89%), Deutsch (81%) und Englisch (52%). Die starke Verbreitung von Fremdsprachenkenntnissen in Luxemburg hängt nicht mit dem hohen Anteil der ausländischen Bevölkerung zusammen, sondern ist auch unter den Staatsbürgern Luxemburgs festzustellen. Auch in den Niederlanden, Dänemark und Schweden verfügen mehr als vier Fünftel der Bürger über gute Fremdsprachenkenntnisse. Offensichtlich werden Fremdsprachen in Ländern mit einer geringen Verbreitung der eigenen Sprache häufiger gelernt als in Ländern, deren Sprache

weltweit stark verbreitet ist. Dementsprechend selten sind Fremdsprachenkenntnisse im Vereinigten Königreich und in Irland, da hier gute Möglichkeiten einer Verständigung in der Muttersprache bestehen. Aber auch in den süd-europäischen Ländern und in Frankreich spricht die Mehrheit der Bevölkerung keine Fremdsprache.

Geringes Vertrauen in Angehörige anderer EU-Länder bei Griechen und Portugiesen

Ein Indikator, der Aufschluss über das Verhältnis zwischen den Bevölkerungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gibt, ist das Vertrauen, das Angehörigen anderer EU-Länder entgegengebracht wird (Tabelle 2). Gegenseitiges Vertrauen stellt eine wichtige Grundlage für die Entwicklung von Gefühlen der Zusammengehörigkeit dar. Das Vertrauen

Graphik 2: Fremdsprachenkenntnisse¹



Datenquelle: Eurobarometer; (1) Anteil der Befragten, die eine Fremdsprache so gut beherrschen, dass sie sich darin unterhalten können.

zu Bürgern anderer EU-Länder war im Jahr 1997 vor allem in den skandinavischen Ländern, den Niederlanden und Frankreich stark ausgeprägt, während in Griechenland, Portugal, Spanien und Irland ein relativ geringes Vertrauen bekundet wurde. So tendierten jeweils rund drei Viertel der Dänen und der Niederländer, aber weniger als die Hälfte der Spanier und nur etwa ein Drittel der Griechen und der Portugiesen dazu, Angehörigen der meisten anderen EU-Länder zu trauen. Hervorzuheben ist, dass das Vertrauen in Griechenland und in Portugal im Verhältnis zu anderen Ländern in den letzten Jahren sogar zurückgegangen ist, während in Irland, in Spanien und in Italien ein relativer Vertrauenszuwachs festzustellen ist⁵.

Geringe Identifikation mit Europa im Vereinigten Königreich und in Irland, Skandinavien, Griechenland und Portugal

Die soziale Kohäsion zwischen den EU-Ländern lässt sich auch daran ermesen, in welchem Maße sich die Angehörigen der verschiedenen Länder mit Europa identifizieren und sich damit derselben Staatengemeinschaft zugehörig fühlen. Auch in Bezug auf diesen Indikator der sozialen Kohäsion findet man Grie-

chenland und Portugal 1999 auf einem niedrigen Niveau, das im Vergleich zu 1992 zudem erheblich gefallen ist. Darüber hinaus ist die Identifikation mit Europa insbesondere im Vereinigten Königreich, in den skandinavischen

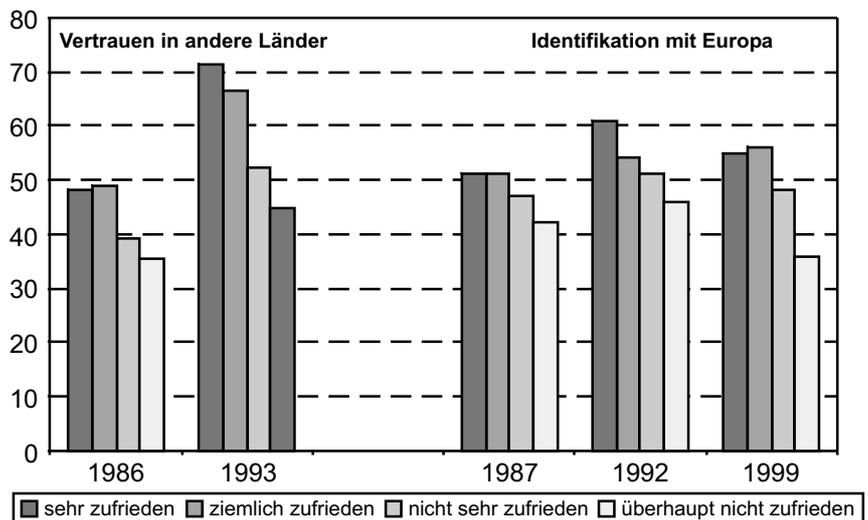
schon Ländern und in Irland eher gering. Im Gegensatz dazu empfindet in Luxemburg, Italien und Spanien ein seit Jahren hoher und stabiler Anteil der Bürger nicht nur eine nationale, sondern auch eine europäische Identität.

Das in einigen Ländern vergleichsweise geringe Maß an Verbundenheit mit anderen europäischen Ländern und mit Europa insgesamt hat vermutlich vielschichtige und unterschiedliche Ursachen in den einzelnen Ländern. Die eher skeptische Haltung beispielsweise des Vereinigten Königreichs sowie der skandinavischen Länder zur europäischen Integration ist ein bekanntes Phänomen, das in der Furcht vor einem Verlust an Eigenständigkeit und Selbstbestimmung und vor nachteiligen Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft begründet ist. Anders als dort findet man jedoch in Griechenland und in Portugal nicht nur eine geringe Identifikation mit Europa sondern auch ein vergleichsweise hohes Misstrauen gegenüber Angehörigen anderer EU-Länder. Möglicherweise hängen die negativen Einstellungen in diesen Ländern auch mit ihrer im europäischen Vergleich relativ schlechten Wohlstandsposition zusammen. Das Bewusstsein einer - trotz finanzieller Förderung durch die EU - beträchtlichen Diskrepanz zwischen den Lebensbedingungen im eigenen Land und in anderen EU-Mitgliedsstaaten kann auch auf der Ebene von subjektiven Empfindungen eine Distanz zu Europa bzw. zu anderen Ländern der Europäischen Union hervorrufen.

Vertrauen in andere Länder und Identifikation mit Europa steigt mit der Lebenszufriedenheit

Diese Vermutung wird durch den Zusammenhang zwischen dem Vertrauen gegenüber Angehörigen anderer EU-Länder und der Identifikation mit Europa auf der einen Seite und der allgemeinen Lebenszufriedenheit als einer zusammenfassenden Bewertung der Lebensbedingungen auf der anderen Seite gestützt

Graphik 3: Vertrauen in andere Länder und Identifikation mit Europa in Abhängigkeit von der Lebenszufriedenheit



Datenquelle und Erläuterungen: s. Tabelle 2.

Tabelle 2: Vertrauen zu anderen EU-Ländern und Identifikation mit Europa

	Vertrauen zu Angehörigen anderer EU-Länder ¹				Identifikation mit Europa ²			
	1986	1993	1997a	1997b in %	1987	1992a	1992b	1999
A				57				52
B	56	73	60	59	48	56	61	58
D ³	61	69	62	62	56	38	58	51
DK	42	83	69	74	42	52	51	44
E	31	55	51	49	62	61	64	67
F	64	70	70	68	53	53	69	60
FIN				64				38
GR	27	45	34	33	55	61	61	40
I	28	52	63	60	51	58	74	73
IRL	29	54	54	51	39	37	47	45
L	37	70	61	57	65	64	72	76
NL	61	79	71	74	34	42	58	56
P	38	56	43	38	57	66	61	47
S				66				38
UK	43	62	53	56	34	31	44	31

Datenquelle: Eurobarometer; (1) 1986: „I would like to ask you about how much you would trust people from different countries. For each country please say whether in your opinion they are in general very trustworthy, fairly trustworthy, not very trustworthy or not at all trustworthy“; 1993: „I would like to ask you a question about how much trust you have in people from various countries. For each, please tell me whether you have a lot of trust, some trust, not very much trust or no trust at all?“; 1997: „I would like to ask you about how much trust you have in people from various countries. For each, please tell me whether you tend to trust them or tend not to trust them?“ Berechnet wurde der Anteil der Befragten, die den Angehörigen von mindestens 6 der anderen 11 (1986, 1993, 1997a) bzw. mindestens 8 der anderen 14 (1997b) Ländern trauen, wobei 1986 und 1993 die ersten beiden Antwortkategorien zusammengefasst wurden; (2) 1987 und 1992a: „Do you ever think of yourself as not only (nationality) but also as European? Does this happen often, sometimes or never?“ Angegeben ist der Anteil der Befragten, die mit „oft“ oder „sometimes“ antworteten; 1992b und 1999: „In the near future do you see yourself as ... (nationality) only, (nationality) and European, European and (nationality), European only?“ Angegeben ist der Anteil der Befragten, der auf die letzten drei Antwortkategorien entfällt; (3) 1986 bzw. 1987 alte Bundesländer, danach alte und neue Bundesländer.

Luxemburg können durch das Fehlen eines vollständigen universitären Systems erklärt werden. Die meisten Studenten studieren im Ausland.

- 4 Die Wahl des „besten“ Landes als Referenzkategorie für die Berechnung von Indexwerten hat zur Folge, dass sich die Indexwerte eines Landes im Zeitablauf verringern können, auch wenn sich die Lebensbedingungen absolut verbessert haben. Dies trifft dann zu, wenn der Indikatorwert der Referenzkategorie stärker gestiegen ist als der Indikatorwert des betreffenden Landes. Die Indexwerte dürfen daher nicht als Maße für das absolute Niveau der Lebensbedingungen interpretiert werden, sie zeigen lediglich die relative Position jedes Landes im Vergleich zum „besten“ Land. Absolute Verbesserungen eines Landes können durchaus relative Verschlechterungen bedeuten. Da in der vorliegenden Untersuchung nicht die absoluten Lebensverhältnisse sondern die Relationen zwischen den Ländern und die Veränderungen dieser Relationen im Mittelpunkt stehen, ist die hier gewählte Methode der Indexberechnung ein für die vorliegende Fragestellung geeignetes Verfahren.
- 5 Aufgrund der leichten Veränderungen der Frage- und Antwortformulierungen in den einzelnen Befragungsjahren sind absolute Veränderungen der Daten mit Vorsicht zu interpretieren. Aufschluss über Entwicklungen kann jedoch aus relativen Veränderungen gewonnen werden.

Regina Berger-Schmitt, ZUMA

Tel.: 0621/1246-248

berger-schmitt@zuma-mannheim.de

(Graphik 3). Personen, die mit ihrem Leben zufrieden sind, haben im Vergleich zu unzufriedenen Personen eine positivere Einstellung zu anderen EU-Ländern und empfinden häufiger nicht nur eine nationale, sondern auch eine europäische Identität. Dies trifft auch und gerade für die Bürger Portugals und Griechenlands zu. Während sich beispielsweise unter den mit ihrem Leben völlig unzufriedenen Portugiesen und Griechen nur 18% mit Europa identifizieren, sind es unter den mit ihrem Leben völlig zufriedenen 53%. Diese Ergebnisse können ein Hinweis darauf sein, dass eine weitere, auch relative Verbesserung der Lebensbedingungen in den schlechter gestellten Ländern Europas den Zusammenhalt in Europa auch auf der Ebene der subjektiven Verbundenheit fördern würde.

- 1 Indikatoren der sozialen Kohäsion in Europa sind ein zentraler Bestandteil eines Europäischen Systems Sozialer Indikatoren, das von der Abteilung Soziale Indikatoren entwickelt wird (s. dazu die nebenstehende Information).
- 2 Als weiterführende Bildung wird hier Bildung der Sekundarstufe II und höher bezeichnet. Dies entspricht den über die Pflichtschulzeit hinausgehenden Bildungsgängen.
- 3 Die geringe Bildungsbeteiligung und die vergleichsweise niedrigen Bildungsausgaben in

Ein Europäisches System Sozialer Indikatoren

Seit 1998 arbeitet die Abteilung Soziale Indikatoren an der Entwicklung eines Europäischen Systems Sozialer Indikatoren. Diese Arbeiten wurden durch die Europäische Kommission im Rahmen des Projektes ‚EuReporting - Towards a European System of Social Reporting and Welfare Measurement‘ bis August 2001 gefördert.

Das Indikatorensystem ist als ein Instrument zur Messung und Analyse der Wohlfahrtentwicklung und des Sozialen Wandels in Europa konzipiert. Erfasst werden insbesondere die objektiven Lebensbedingungen und die subjektiv wahrgenommene Lebensqualität der Bevölkerung, die soziale Kohäsion innerhalb und zwischen den Ländern Europas (s. dazu den nebenstehenden Beitrag), die Nachhaltigkeit der Entwicklungen im Hinblick auf das vorhandene Humankapital und das natürliche Kapital, die soziodemographischen und -ökonomischen Strukturen der Gesellschaften sowie Wertorientierungen und Einstellungen. Diese Dimensionen werden für 14 verschiedene Lebensbereiche (z.B. Wohnen, Gesundheit, Bildung etc.) operationalisiert, soweit sie für den jeweiligen Bereich relevante Aspekte

beinhalten. Es werden Zeitreihen ab Beginn der 80er Jahre für alle 15 EU-Länder, die Schweiz, Norwegen, Polen, Tschechien und Ungarn erstellt. Zudem werden auch die USA sowie Japan als wichtige nicht-europäische Gesellschaften für Vergleichszwecke einbezogen.

Das Indikatorensystem wurde bisher für zwei Lebensbereiche implementiert: ‚Bevölkerung‘ und ‚Arbeitsmarkt und Arbeitsbedingungen‘. Als Datenbasis dienen Erhebungen der amtlichen Statistik (z.B. Labour Force Surveys), aber auch wissenschaftsbasierte Umfragedaten (z.B. das International Social Survey Programme). Die vorhandenen Zeitreihen-Tabellen zu mehr als 200 Indikatoren und die zugehörige Dokumentation stehen im Internet als pdf-files zur Verfügung (Klicken auf ‚Indicators‘ auf der Seite http://www.gesis.org/en/social_monitoring/social_indicators/EU_Reporting/eusi.htm). Darüber hinaus wurde ein Prototyp eines elektronischen Informationssystems Europäischer Sozialindikatoren (EUSI) entwickelt, das über vielfältige Such- und Auswahlmöglichkeiten einen nutzerfreundlichen Zugang zu den Zeitreihen in graphischer und tabellarischer Form erlaubt.

The First Measured Century

Zahlen und Fakten über die USA im 20. Jahrhundert

Im letzten Jahr ist der von Theodore Caplow et al. verfasste Begleitband zur Reihe „The First Measured Century“ des öffentlich rechtlichen U.S. Fernsehens (PBS) erschienen. Für einen solchen Begleitband eher ungewöhnlich, weiß er weniger durch Besonderheiten in der Gestaltung, denn durch die Qualität der enthaltenen Informationen zu überzeugen.

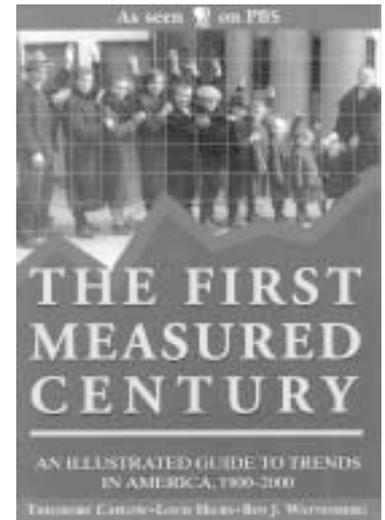
In der Tat handelt es sich bei „The First Measured Century“ um einen formal eher einfach gehaltenen Sozialbericht: In 15 Kapiteln wie z.B. Bevölkerung, Arbeit, Gesundheit oder Kommunikation werden insgesamt 124 kurze Unterthemen anhand von einem oder zwei Indikatoren abgehandelt. Jedem dieser Themen wird dabei exakt eine kommentierende Text- sowie eine Graphikseite eingeräumt. Dabei gefallen sowohl der kurze aber sachkundige Stil der Begleittexte als auch die bis auf einige Ausnahmen klaren und leicht zu interpretierenden Graphiken. Zusätzliche einleitende, zusammenfassende oder interpretierende Textpassagen gibt es allerdings nicht.

Dafür bietet „The First Measured Century“ - wie der Name schon andeutet - Indikatorzeitreihen, die in den meisten Fällen das gesamte 20. Jahrhundert oder zumindest doch einen großen Teil desselben abdecken. Solche Zeitreihen sind einem vielleicht noch für den einen oder anderen Bereich wie z.B. die Bevölkerungsentwicklung gegenwärtig. In der hier vorliegenden, sich über unterschiedliche gesellschaftliche Lebensbereiche erstreckenden Breite sind sie jedoch eine seltene Ausnahme. Allerdings zeigt der Bericht, dass erst solch ein Überblick über die Entwicklungen in den unterschiedlichen Lebensbereichen ein adäquates Bild der gesellschaftlichen Veränderungen zeichnen kann, die während des letzten Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten stattgefunden haben.

Neben der nicht zu unterschätzenden Arbeit der Autoren verdankt dieses Buch seine Existenz zweifelsohne auch der Qualität der amtlichen Statistik in den USA, die Quelle eines Großteils der präsentierten Daten ist. Nicht nur aufgrund der fehlenden Regelmäßigkeit von Zensuserhebungen hierzulande, sondern auch wegen der fehlenden staatlichen und institutionellen Kontinuität während des letzten Jahrhunderts wäre ein vergleichbarer Bericht für Deutschland schlichtweg undenkbar. Wie die Arbeit von Caplow et al. jedoch eindrucksvoll demonstriert, ist es gerade diese langfristige Ausrichtung, welche die Stärke solcher und vergleichbarer Zeitreihendaten ausmacht. Im vorliegenden Fall würde beispielsweise die Beschränkung des Beobachtungszeitraums auf eine kürzere Zeitspanne von einem oder zwei Jahrzehnten, wie sie z.B. von langfristige an-

gelegten Panelanalysen durchaus erreicht wird, das Erkennen des grundlegenden Charakters der gesellschaftlichen Umwälzungen in den USA des 20. Jahrhunderts erschweren.

Die Druckfassung von „The First Measured Century“ wird durch eine ausgezeichnete Website (www.pbs.org/fmc) ergänzt. Hier finden sich zahlreiche weitergehende Informationen, wie z.B. historische Hintergründe oder Experteninterviews. Einen guten Einstieg in die Seite bietet eine Übersichtsgraphik, die wichtige Meilensteine der Datenerhebung und wissenschaftliche Persönlichkeiten in den Kontext historischer Ereignisse einordnet (www.pbs.org/fmc/interact.htm). Außerdem lassen sich auf dieser Seite die einzelnen Kapitel des Buches kostenlos im pdf-Format herunterladen (www.pbs.org/fmc/downloadbook.htm), und auch die auf der Website erhältliche komplett vorbereitete Schulunterrichtseinheit (<http://www.pbs.org/fmc/downloadtguide.htm>) mag für den einen oder anderen Leser von Interesse sein.



Caplow, Theodore; Hicks, Louis und Wattenberg, Ben J.: *The First Measured Century. An Illustrated Guide to Trends in America, 1900-2000.* Washington D.C.: American Enterprise Institute for Public Policy Research (AEI) Press. 2001. ISBN 0-8447-4138-8. Preis \$ 20,- (Druckausgabe) oder kostenloser Download (pdf).

■ **Bernhard Christoph, ZUMA**
Tel.: 0621/1246-244
christoph@zuma-mannheim.de

4. Konferenz der 'International Society for Quality-of-Life Studies' in Washington DC

Vom 29. November bis zum 2. Dezember fand in Washington DC die 4. Konferenz der 'International Society for Quality-of-Life Studies' (ISQOLS) statt. Unter der Themenstellung 'How to Measure Quality of Life for Diverse Populations' fand sich hier eine interdisziplinäre Forschergruppe zusammen, die von Wissenschaftlern aus dem Gesundheitsbereich über Soziologen und Marketingfachleute bis zu Philosophen reichte.

Ebenso breit wie das Spektrum der Teilnehmer war auch das der Themenstellungen. Die Referatsthemen und Diskussionsgegenstände reichten von lokalen Studien, z.B. Erhebungen verschiedener Faktoren der Lebensqualität als Planungsgrundlage für die Stadtentwicklung einer südafrikanischen Ortschaft bis zu einer methodenorientierten Podiumsdiskussion über Indexkonstruktion. Selbstverständlich konnte insbesondere angesichts des Konferenzortes ebenso wie im Hinblick auf die The-

menstellung der Veranstaltung auf eine Diskussion der jüngsten politischen Ereignisse nicht verzichtet werden.

Insgesamt gesehen war die Breite der Themenstellungen einer der großen Pluspunkte dieser Konferenz. Auch wenn nicht jedes der behandelten Themen für alle Teilnehmer gleichermaßen interessant gewesen sein mag, so garantierten die vielfältigen Auswahlmöglichkeiten doch, dass wohl jeder Teilnehmer der Konferenz auf seine Kosten gekommen sein dürfte.

Aus der deutschen Perspektive bleibt noch anzumerken, dass die nächste Konferenz der ISQOLS im Sommer 2003 in Frankfurt am Main stattfinden wird.

■ **Bernhard Christoph, ZUMA**
Tel.: 0621/1246-244
christoph@zuma-mannheim.de

Informationsstand und allgemeine Grundüberzeugungen bestimmten Euro-Skepsis

Analysen zur Einstellung der Bevölkerung zum Euro

Mit der Einführung des Euro, d.h. einer staatenübergreifenden Währungsunion, hat Europa Neuland betreten. Dabei zeigten zahlreiche Umfragen vor Einführung des neuen offiziellen Zahlungsmittels, dass sich die Deutschen im europäischen Vergleich deutlich häufiger als Bürger anderer Nationen Sorgen wegen der neuen Gemeinschaftswährung machten. Die Italiener hingegen „freuten“ sich auf die neue Währung und gaben die in der Vergangenheit oftmals krisengeschüttelte Lira gerne auf. Den Deutschen fiel der Abschied wohl besonders schwer, da die Deutsche Mark Symbol des Wohlstands und seit der Wiedervereinigung auch der deutschen Einheit war. Mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) wird für Deutschland gezeigt, welche Personen der Euro-Einführung mit Skepsis gegenüberstehen.

12 der 15 EU-Mitgliedsstaaten nehmen bisher an der Währungsunion teil. Dänemark, das Vereinigte Königreich und Schweden haben sich (vorerst) gegen eine Beteiligung entschieden. Insgesamt waren im vergangenen Frühjahr nur knapp 60% der EU-Bevölkerung für den Euro¹. Jeder dritte EU-Bürger lehnte die Einführung des Euro ab und jeder elfte hatte keine Meinung dazu (vgl. Graphik 1).

In Italien und Luxemburg fand die neue Währung die meiste Zustimmung. So sprachen sich in Italien 83% der Bürger für das neue Zah-

lungsmittel aus. Sie erwarteten offenbar den Lohn für Italiens große Anstrengungen in den 90er Jahren, die Konvergenzhürden des Maastrichter Vertrages zu erfüllen: Der Staatshaushalt wurde konsolidiert, Staatsbetriebe privatisiert und die Inflation weitgehend besiegt.

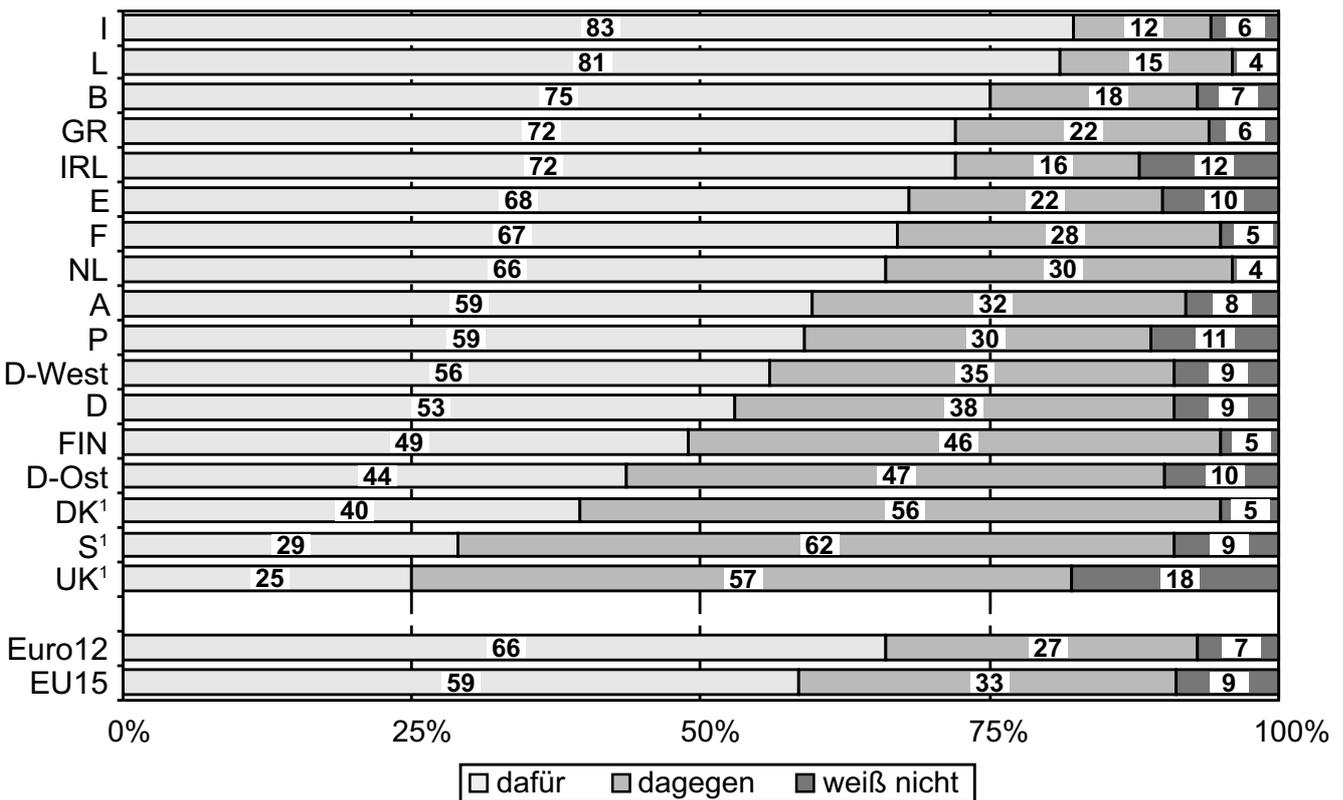
Ähnlich groß war die Befürwortung vor fast einem Jahr in Luxemburg (81%). Bedingt durch die Tatsache, dass dieses Land keine eigenständige Währung hatte, sondern sich seit 1921 in einer Währungsunion mit Belgien befand, ist es leicht nachzuvollziehen, wieso den Bürgern

der Abschied von ihrem bisherigen Zahlungsmittel leicht fiel. Mit Werten von 72% bis 75% fällt auch die Akzeptanz des Euro in Belgien, Griechenland und Irland sehr hoch aus.

In den Ländern, die den Euro einführten, war die Skepsis der Bevölkerung in Finnland und Deutschland am größten. Hier war nur jeder Zweite dafür, die bisherige Landeswährung durch die neue Einheitswährung zu ersetzen. Dabei zeigten sich innerhalb Deutschlands klare Unterschiede zwischen Ost und West. Während in Westdeutschland 56% der Befragten der Euro-Einführung positiv gegenüberstanden, waren es im Ostteil nur 44%. Insgesamt war in Deutschland nicht nur die Zustimmung geringer als im EU-Durchschnitt, sondern auch die Ablehnung des Euro fiel stärker aus. Jeder Dritte in Westdeutschland war explizit gegen die Einführung des Euro, in Ostdeutschland sogar jeder Zweite. Nur in den EU-Ländern, die sich nicht der Währungsunion angeschlossen haben, waren die Ablehnungsquoten noch höher als im Osten Deutschlands. In Dänemark und Großbritannien waren ca. 56% und in Schweden sogar 62% dagegen.

Nationale Währungen erfüllen nicht ausschließlich ökonomische Funktionen, sondern sie besitzen auch immer eine Symbolkraft und können so zur Identifikation mit einer Nation beitragen (vgl. Servet et al. 1999). Speziell die Bindung der Deutschen an die DM war besonders ausgeprägt - und ist es wohl auch immer noch. Im Westen ist dies darauf zurückzuführen, dass sie nach dem 2. Weltkrieg eine

Graphik 1: Zustimmung zum Euro in den Ländern der EU im Frühjahr 2001



¹ Nicht der EU-Währungsunion beigetreten.
Quelle: European Commission 2001.

Tabelle 1: Anteil der Bevölkerung, der sich wegen der Einführung des Euro sorgt, nach demographischen Merkmalen

	Bevölkerungsanteil	
	%	
Insgesamt	69	
Geschlecht		
Männer	66	
Frauen	72	
Nationalität		
Deutsche	70	
alte Bundesländer	69	
neue Bundesländer	76	
Ausländer	55	
EU-Ausländer	52	
sonstige Nationen	55	
Gemeindegrößenklassen		
unter 2.000 Einwohner	71	
2.000 bis unter 20.000 Einw.	71	
20.000 bis unter 100.000 Einw.	69	
100.000 bis unter 500.000 Einw.	67	
über 500.000 Einwohner	66	

Quelle: SOEP 2000 (vorläufige Gewichtung), eigene Berechnungen.

Schlüsselrolle für die nationale Identifikation eingenommen hat. Bei den Ostdeutschen ist die Verbundenheit deshalb besonders stark, weil die DM zu Zeiten der ehemaligen DDR für viele Bürger ein besonders begehrtes Gut war.

Im Sommer 2001 gab fast jeder vierte Deutsche in einer Umfrage an, er werde die eigenständige nationale Währung vermissen. Gut 40% glaubten, dass ihnen die Stabilität der DM fehlen werde. Drei Viertel der Befragten befürchteten, dass die Preise infolge der Euro-Einführung steigen würden (vgl. Brost 2001).

In Deutschland lebende Ausländer sorgen sich am wenigsten

Mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), einer jährlichen Wiederholungsbefragung von Haushalten und Personen (vgl. SOEP Group 2001), kann gezeigt werden, mit welchen sozial-strukturellen und sozio-ökonomischen Merkmalen die Besorgnis wegen der Einführung des Euro in Deutschland zusammenhängt. Zwar stammen die jüngsten SOEP-Daten aus dem Jahr 2000, doch hat sich - wie andere Umfragen zeigen - das Ausmaß der Euro-Skepsis in den beiden vergangenen Jahren nicht wesentlich verändert (vgl. European Commission 2001). Da das SOEP mit fast 25.000 befragten Personen² mehr als 10 mal so groß ist wie übliche Bevölkerungsumfragen, können mit diesem Datensatz detailliertere Analysen durchgeführt werden. Dazu werden zunächst in den Tabellen 1 und 2 sowie in Graphik 2 die bivariaten Zusammenhänge dargestellt und anschließend in einem logistischen Regressionsmodell gemeinsam geprüft (Tabelle 3). Dadurch kann untersucht werden, ob die festgestellten Zusammenhänge zwischen zwei Variablen auch bei Berücksichtigung des Einflusses weiterer Variablen bestehen bleiben. Die abhängige Variable „Sorge wegen der Einführung des Euro“ nimmt dabei den Wert 1 an, wenn eine Person sich große oder einige Sor-

gen macht, den Wert 0 hingegen, wenn sie angibt, sich nicht zu sorgen. Diese Zusammenfassung der Kategorien wird auch in den Tabellen 1 und 2 verwendet.

Die Frage „Wie ist es mit den folgenden Gebieten - machen Sie sich da Sorgen? Über die Einführung des Euro statt der D-Mark?“ bejahten insgesamt 69% der Befragten. Bei Frauen ist der entsprechende Anteil um 6 Prozentpunkte höher als bei Männern. Die Ergebnisse anderer Umfragen (z.B. Brost 2001), die zeigen, dass Ostdeutsche sich im Vergleich zu Westdeutschen häufiger sorgen, wurden mit den Daten des SOEP bestätigt. So liegt der Anteil der wegen der Einführung der neuen Währung Besorgten im Osten um 8 Prozentpunkte höher als im westlichen Landesteil.

Dagegen ist die Verbundenheit mit der DM bei ausländischen Bürgern in Deutschland deutlich geringer. So stehen nur ca. 55% der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer einer Einführung des Euro skeptisch gegenüber. In der deutschen Bevölkerung beträgt der entsprechende Anteil 70%. Es liegt zwar auf der Hand, dass insbesondere EU-Ausländer von einer einheitlichen Euro-Währung bei Reisen und Überweisungen in ihr Heimatland unmittelbar profitieren können. Jedoch erweist sich das leicht niedrigere Besorgnisniveau der EU-Ausländer gegenüber anderen Nicht-Deutschen bei Kontrolle weiterer Merkmale in der logistischen Regression als statistisch nicht signifikant³.

Tabelle 2: Anteil der Bevölkerung, der sich wegen der Einführung des Euro sorgt, nach sozio-ökonomischen Merkmalen

	Bevölkerungsanteil	
	%	
Insgesamt	69	
Höchster schulischer Abschluss		
kein Schulabschluss	63	
Hauptschule	76	
Realschule	73	
Abitur	58	
(Fach-)Hochschule	55	
sonstiger Abschluss (z.B. Ausland)	63	
noch in Schule	53	
Erwerbsstatus		
Wehr-/Zivildienst	56	
in Schule/Ausbildung	54	
Erwerbstätig		
in Vollzeit	67	
in Teilzeit	70	
Nicht erwerbstätig		
in Rente	77	
arbeitslos	74	
sonstige	68	
Monatliches Haushaltseinkommen		
unter 1.400 DM	72	
1.400 bis unter 1.800 DM	73	
1.800 bis unter 2.200 DM	71	
2.200 bis unter 2.900	69	
über 2.900	62	
Selbstgenutztes Wohneigentum		
Eigentümer	69	
Mieter	70	
Besitz von Wertpapieren im Haushalt		
ja	64	
nein	72	

Quelle: SOEP 2000 (vorläufige Gewichtung), eigene Berechnungen.

Es zeigt sich außerdem, dass sich Großstädter weniger sorgen als die übrige Bevölkerung. Allerdings erweisen sich auch die Stadt-Land-Unterschiede bei Berücksichtigung weiterer Einflussfaktoren als nicht signifikant. Wird nämlich die Nationalität der Befragungspersonen kontrolliert, verschwinden die Stadt-Land-Effekte. Dies ist dadurch zu erklären, dass Ausländer deutlich seltener Befürchtungen in Bezug auf die Einführung des Euro haben und gleichzeitig öfter in Großstädten leben.

Abiturienten und Akademiker machen sich weniger Sorgen wegen der Einführung des Euro

Personen mit den höheren Bildungsabschlüssen Abitur und (Fach-)Hochschule sorgen sich deutlich weniger wegen der Einführung des Euro (vgl. Tabelle 2). Auffällig sind die ebenfalls geringen Angaben bei Personen, die keinen schulischen Abschluss besitzen. Bei ihnen beträgt der entsprechende Anteil nur 63%, während er bei den Hauptschulabsolventen 76% beträgt. Höher Gebildete dürften den besten Zugang zu Informationen über die Einführung des Euro besitzen. Aber auch junge Menschen, die das Befragungsalter von 16 Jahren bereits erreicht haben und noch in der Schule sind, sorgen sich weniger. Die Vermutung liegt nahe, dass es sich hier um junge Menschen mit einer generell geringen Bindung an die DM handelt. Neben dem Einfluss, den das Alter bei den unter 30-Jährigen auf das in dieser Gruppe niedrigere Besorgnisniveau hat, kann aber auch ein eigenständiger Effekt für Schüler festgestellt werden. Da der Euro auch Unterrichtsgegenstand ist, sollten Schüler in der Tat auch überdurchschnittlich gut informiert sein, wodurch ihr geringeres Besorgnisniveau erklärt werden könnte.

Vergleichbares zeigt sich auch für den Erwerbsstatus (vgl. Tabelle 2). Hier sind es ebenfalls die jungen Menschen, die sich noch in der schulischen oder beruflichen Ausbildung befinden oder gerade Wehr- oder Zivildienst leisten, die das geringste Besorgnisniveau aufweisen. Im Gegensatz dazu machen sich drei Viertel der Rentner und Arbeitslosen Sorgen. Bei den Nicht-Erwerbspersonen (ohne Schüler und ohne Frührentner), zu denen z.B. die Hausfrauen gehören, ist der Anteil vergleichbar mit denen, die voll- und teilzeitbeschäftigt sind.

Im multivariaten Modell, bei dem weitere Merkmale kontrolliert werden, können die Zusammenhänge von Erwerbsstatus und Befürchtungen wegen der Euro-Einführung erhärtet werden. Eine Ausnahme bilden hierbei allerdings Arbeitslose und die Nicht-Erwerbspersonen. Für Arbeitslose lässt sich kein eigenständiger signifikanter Effekt gegenüber Vollzeitbeschäftigten feststellen und Nicht-Erwerbspersonen sorgen sich seltener. Wehr- und Zivildienstleistende, die auch gleichzeitig zur Gruppe der unter 30-Jährigen gehören, weisen keinen eigenständigen signifikanten Effekt mehr auf.

Tabelle 3: Logistisches Regressionsmodell zur Besorgnis wegen der Einführung des Euro

	Koeffizient ^a
Geschlecht (<i>Weiblich^b</i>)	
Männlich	-0,22***
Alter (<i>30 bis unter 45 Jahre^b</i>)	
unter 30 Jahre	-0,31***
45 bis unter 60 Jahre	-0,07
über 60 Jahre	-0,06
Nationalität (<i>Deutsche, alte Bundesländer^b</i>)	
Deutsche, neue Bundesländer	0,32***
EU-Ausländer	-0,63***
Ausländer sonstige Nationen	-0,59***
Gemeindegrößenklasse (<i>unter 2.000 Einwohner^b</i>)	
2.000 bis unter 20.000 Einwohner	0,15*
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	0,11
100.000 bis unter 500.000 Einwohner	0,07
über 500.000 Einwohner	0,10
Höchster schulischer Abschluss (<i>Hauptschule^b</i>)	
Realschule	-0,06
Abitur	-0,47***
(Fach-)Hochschule	-0,75***
sonstiger Abschluss (z.B. Ausland)	-0,31***
kein Schulabschluss	-0,33***
noch in der Schule	-0,32**
Erwerbsstatus (<i>Vollzeit erwerbstätig^b</i>)	
in Schule/Ausbildung	-0,41***
Wehr-/Zivildienst	-0,34
Teilzeit erwerbstätig	-0,13*
in Rente	0,14
arbeitslos	-0,07
sonstige	-0,15*
Einkommen und Vermögen im Haushalt	
Einkommen [in 100 DM]	-0,01***
selbstgenutztes Wohneigentum	-0,09*
Besitz von Wertpapieren	-0,14***
Parteipräferenz (<i>SPD^b</i>)	
Grüne	-0,88***
FDP	-0,34**
PDS	-0,29*
CDU/CSU	-0,01
DVU/Republikaner	1,98***
keine Parteipräferenz	-0,07
Konstante	1,52***
Pseudo-R ² (McFadden)	0,053

^a Signifikanzniveau: * = p<0,05, ** = p<0,01, *** = p<0,001.

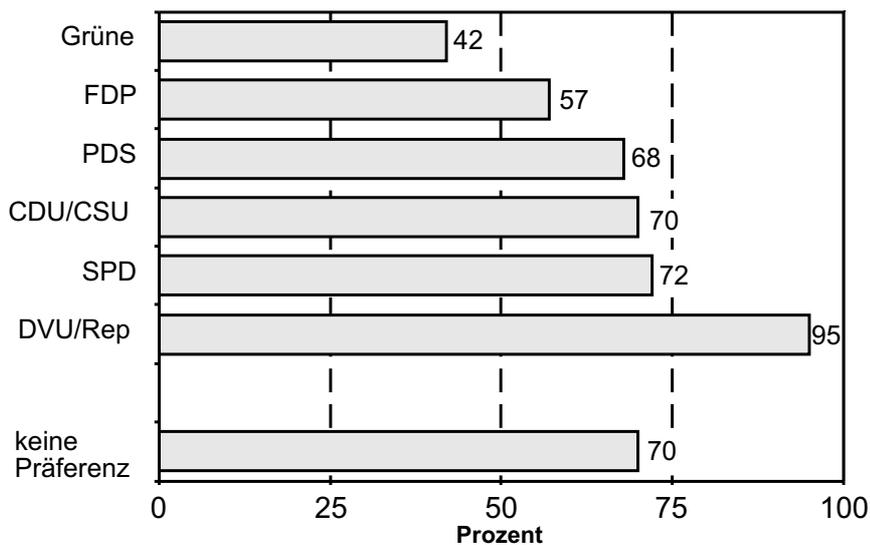
^b Alle kursiv ausgewiesenen Kategorien bilden die Referenzkategorie.

Quelle: SOEP 2000 (vorläufige Gewichtung), eigene Berechnungen.

Da es sich bei der Einführung des Euro um eine Währungsumstellung handelt, die eng mit der Sorge um Geldwertverluste verbunden ist, wird auch das Einkommen und Vermögen im Haushalt betrachtet. Die für die Analysen verwendete Einkommensvariable ist das verfügbare Nettoeinkommen des gesamten Haushaltes, das nach Anzahl und Alter der Haushaltsmitglieder bedarfsgewichtet wurde (Netto-Äquivalenzeinkommen)⁴. Für Tabelle 2 wurden die nach der Größe geordneten Einkommen in fünf nahezu gleich stark besetzte Gruppen (Quintile) aufgeteilt. Dabei zeigt sich, dass die Besorgnis wegen der Einführung des Euro erst bei den höheren Einkommen (über 2.900

DM) geringer ausfällt. Für das Vermögen werden zwei Indikatoren benutzt: Der Besitz von selbstgenutzten Wohnimmobilien und der Besitz von Wertpapieren⁵. Der Besitz von Wohneigentum sollte die Ängste der Betroffenen verringern, da hier Geld in „inflationsgeschütztes“ Kapital transferiert wurde. Für Wohnungseigentümer und Mieter zeigen sich zunächst keine Unterschiede. Jedoch lässt sich ein kleiner Effekt in der multivariaten Analyse feststellen. Danach sind die Sorgen bei Immobilienbesitzern etwas geringer. Auch für Wertpapierbesitzer lässt sich ein negativer Effekt feststellen. Es ist davon auszugehen, dass Besitzer solcher Geldanlagen besser über die wirt-

Graphik 2: Anteil der Bevölkerung, der sich wegen der Einführung des Euro sorgt, nach Parteipräferenz



Quelle: SOEP 2000 (vorläufige Gewichtung), eigene Berechnungen.

schaftlichen Chancen informiert sind, die der Euro eröffnet, da Geldanlagen in Wertpapieren einen höheren Informationsgrad bei Geld- und Wirtschaftsthemen erfordern.

Das Sorgenniveau der Anhänger der kleinen Parteien unterscheidet sich von dem der Mehrheit der Bevölkerung

Keine statistisch signifikanten Unterschiede lassen sich für Personen feststellen, die eine dauerhafte Parteipräferenz für die SPD, die CDU/CSU oder aber für gar keine Partei haben (vgl. Graphik 2). Dies ist bei den Anhängern der kleineren Parteien anders. So sorgen sich 95% der Anhängerschaft der rechtsradikalen Parteien DVU und Republikaner. Das heißt, dass praktisch alle DVU/Republikaner-Anhänger angeben, über die Einführung des Euro besorgt zu sein. Dies zeigt die Bedeutung politischer Grundüberzeugungen bei der Beurteilung des Euro. Auf der anderen Seite ist das Sorgenpotential bei den Anhängern von Bündnis90/Die Grünen und der FDP unterdurchschnittlich ausgeprägt. Die Grünen weisen mit 42% den geringsten Anteil Besorgter auf. Dies ist nicht nur im Vergleich mit den Anhängern anderer Parteien der niedrigste Wert: Keine andere hier berücksichtigte Gruppe hat ein derart niedriges Sorgenniveau. Die Anhänger der wirtschaftsorientierten Partei FDP äußern mit 57% ebenfalls seltener Befürchtungen als die Anhänger der großen Volksparteien.

„Informiertheit“ und „DM-Verbundenheit“ bestimmen die Einstellung gegenüber dem Euro

Aus den Ergebnissen des Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) lässt sich schließen, dass zwei wesentliche Bedingungen die Befürchtungen vor der Einführung des Euro beeinflussen haben. Dies ist zum einen der Grad der „Informiertheit“ und zum anderen die „DM-Verbundenheit“ der Befragten.

Personen, die besser informiert waren, sorgten sich weniger um die Einführung des Euro. Dazu gehörten Besitzer von Wertpapieren, die sich stärker mit geld- und finanzpolitischen Fragen auseinander setzen. Aber auch junge Leute, die sich noch im staatlichen Bildungssystem befinden, eignen sich verstärkt Wissen über die Währungsunion an, da sie sich im Rahmen des (Berufs-)Schulunterrichts zwangsläufig mit dieser Thematik beschäftigen müssen. Diese Gruppe äußerte ebenso wie Personen mit höheren Bildungsabschlüssen seltener Befürchtungen. Auch die Anhänger der „Wirtschaftspartei“ FDP wiesen ein unterdurchschnittliches Besorgnisniveau auf.

Bei dem zweiten Faktor handelt es sich um die Verbundenheit mit der DM. Diese war bei den in Deutschland lebenden Ausländern und bei den eher postmaterialistischen Anhängern der Grünen eher gering. Folglich waren ihre Befürchtungen hinsichtlich der Einführung des Euro auch schwächer ausgeprägt. Dagegen fielen die Sorgen bei den Ostdeutschen überdurchschnittlich hoch aus. Hier lässt sich vermuten, dass sie u.a. auf Ängste vor dem Verlust des Einheitssymbols DM zurückzuführen sind. Völlig aus dem Rahmen fallen die Anhänger der rechtsradikalen Parteien. In Übereinstimmung mit der ablehnenden Haltung ihrer Parteien gegenüber dem vereinten Europa und der Währungsunion äußern sie sich hinsichtlich der Euro-Einführung äußerst besorgt.

Auch wenn die Bevölkerung sich bald an den Euro gewöhnt haben wird, bleibt dennoch das generelle Problem bestehen, dass eine mangelnde, zu spät einsetzende Informationspolitik von Seiten der EU wie auch der nationalen Regierung zu Misstrauen gegenüber zukünftigen Reformen und damit dem vereinten Europa als Ganzem führt. Wenn große Projekte anstehen und umgesetzt werden sollen, wie z.B. die EU-Osterweiterung, ist eine frühzeitige Aufklärung über die Hintergründe und

Ziele notwendig, um entstehenden Sorgen entgegenzuwirken.

- 1 Für einen ausführlichen europäischen Vergleich siehe Isengard/Schneider (2001).
- 2 Im Jahr 2000 wurde das SOEP um eine neue Stichprobe erweitert, die ungefähr zu einer Verdoppelung der Fallzahlen auf Haushalts- und Personenebene geführt hat.
- 3 Die Signifikanz des Unterschiedes zwischen EU und Nicht-EU Ausländern wurde separat überprüft.
- 4 Für die Bedarfsgewichtung wurde die alte OECD-Skala verwendet, die der ersten erwachsenen Person im Haushalt einen Wert von 1 zuweist. Jede weitere Person ab 15 Jahren bekommt ein Gewicht von 0,7 und Kinder bis 14 Jahre von 0,5. Das verfügbare Haushaltseinkommen wird durch den so ermittelten Wert geteilt. Hat eine Familie mit Vater, Mutter und Kleinkind z.B. ein verfügbares monatliches Haushaltseinkommen von 4400 DM, dann beträgt das Äquivalenzeinkommen jeder Person $4400 \text{ DM} / 2,2 = 2000 \text{ DM}$.
- 5 Zu den Wertpapieren zählen Sparbriefe, Pfandbriefe, Anleihen, Aktien u.ä.

Brost, Marc, 2001: Umfrage. Die neurotischen Deutschen. Sechs Monate vor der Währungsumstellung: Die Bundesbürger fassen kein Vertrauen zum Euro. Eine Zeit-Umfrage. Die ZEIT 25/2001: 19.

European Commission, 2001: Eurobarometer. Public Opinion in the European Union. Report Number 55. Brussels: European Commission.

Isengard, Bettina, Schneider, Thorsten, 2001: Die Einstellung der Bevölkerung zum Euro im europäischen Vergleich unter besonderer Berücksichtigung der Einflussfaktoren auf die Sorgen vor der neuen Währung in Deutschland. DIW Materialien Nr. 7, Berlin.

Servet, Jean-Michel, Collicelli, Carla, Burgoyne, Carole, Reich, Norbert, 1999: Zusammenfassung der für die Arbeitsgruppe Euro bei der Generaldirektion XXIV der Europäischen Kommission erstellten Beiträge über die psychosociologischen Aspekte des Übergangs zum Euro. [<http://europa.eu.int/euro/html/dossiers/00501/00501-de.pdf>].

SOEP Group, 2001: The German Socio-economic Panel (GSOEP) After More Than 15 Years - Overview. S. 7-14 in: Elke Holst, Dean R. Lillard, Thomas A. DiPrete (Hg.), Proceedings of the 2000 Fourth International Conference of German Socio-Economic Panel Study Users (GSOEP 2000). Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 70, Nr. 1.

Bettina Isengard und Thorsten Schneider, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

Tel: 030/89789-284, -376

bisengard@diw.de

tschneider@diw.de

Auszug aus dem Elternhaus, Heirat und Elternschaft werden zunehmend aufgeschoben

Verlaufsdatenanalyse zu Ereignissen des Familienzyklus in Deutschland

Die Familie stellt keine statische Form des Zusammenlebens dar, sondern kann als eine dynamische Folge von Phasen verstanden werden. In einer idealtypischen Weise wird dieser Ablauf als Familienzyklus von der Heirat bis zum Tod des letzten Ehepartners beschrieben. Eine sogenannte „Normalbiografie“ wurde vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren in der Abfolge verschiedener Ereignisse ermittelt: erste Heirat, Geburt des ersten Kindes, Geburt des letzten Kindes, Heirat des ersten Kindes, Heirat des letzten Kindes, Tod der beiden Ehepartner. Eine der wesentlichen Veränderungen des Familienzyklus im Laufe der Modernisierung von Industriegesellschaften stellt die starke Ausdehnung der Phase der „naheltherlichen Gefährtschaft“ durch die stark gestiegene Lebenserwartung bei geringerer Kinderzahl dar. Dadurch gibt es einen hohen Anteil von Eltern, die ohne ihre erwachsenen Kinder im Haushalt leben. In jüngerer Zeit durchlaufen viele „Familien“ nicht das idealtypische Muster: Singles, Alleinerziehende, kinderlose Paare oder Scheidungs- und Stieffamilien weisen abweichende Biografien auf. Im Familienzykluskonzept wird das durch die Erweiterung um Ereignisse wie Ehescheidung oder Verlassen des Elternhauses berücksichtigt. Entwicklungsphasen, die durch die markanten Ereignisse Eheschließung, Geburt von Kindern und Auszug der Kinder aus dem Elternhaus gekennzeichnet sind, stehen bei diesem Beitrag im Blickpunkt (vgl. Diekmann/Weick 1993). Dabei interessieren vor allem neuere Entwicklungen: Können Umbrüche und Veränderungen von Phasen bei den jüngeren Geburtsjahrgängen identifiziert werden?

Wohnung zunächst sinkt und dann wieder steigt. In den alten Bundesländern ist dabei nicht nur die Differenz zwischen den Kohorten größer als in den neuen Bundesländern, sondern auch der Unterschied zwischen Männern und Frauen.

Die größten Veränderungen über die Zeit weisen westdeutsche Männer auf: Zwar ist bereits für die Kohorten der 50er und 60er Jahre ein Wiederanstieg des Auszugsalters festzustellen, jedoch hat sich dieser Trend bei jungen Männern, die seit 1972 geboren wurden, nochmals verstärkt. Das bedeutet für die meisten Eltern, dass sie mehr als 25 Jahre mit ihren Söhnen im Haushalt verbringen.

Bei jungen westdeutschen Frauen ist zwar ebenfalls ein Wiederanstieg des mittleren Alters beim Auszug aus dem Elternhaus festzustellen, dieser setzt allerdings später ein und fällt erheblich kleiner aus als bei den Männern. Der niedrigste Medianwert liegt mit knapp über 20 Jahren bei der Kohorte der 1952

Mit den Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS 1980 - 2000) wird im Folgenden untersucht, welche Wandlungstendenzen des Familienzyklus sich in der Abfolge von Kohorten in den alten und neuen Bundesländern zeigen. Durch die Verwendung von Retrospektivfragen stehen mit den kumulierten Daten mehrerer Befragungsjahre insgesamt mehr als 20 000 individuelle Biografien für die Analysen zur Verfügung.

Trend zu längerem Verweilen im Elterhaus hat sich verstärkt

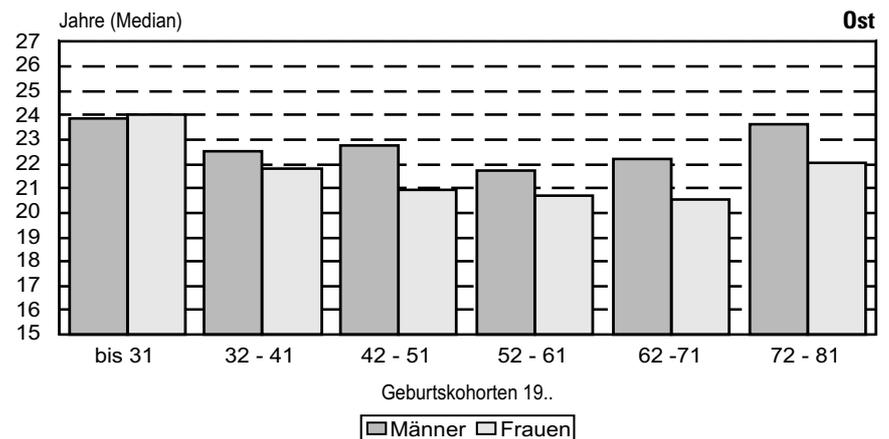
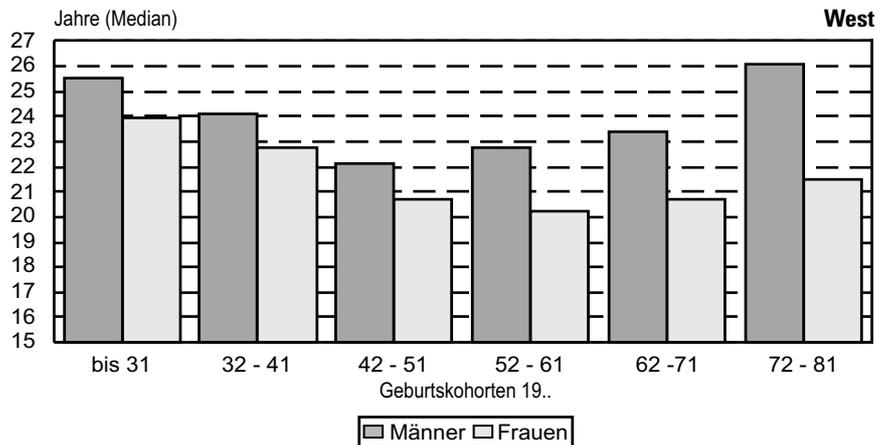
Im klassischen Familienzykluskonzept wird die Phase des Zusammenlebens von Eltern und Kindern durch die Heirat der Kinder beendet. Mit der Verbreitung von „alternativen Lebensformen“ markiert die Heirat das Ende dieser Phase nur noch unzureichend. Damit kommt einem weiteren Merkmal, dem Verlassen der elterlichen Wohnung, eine gestiegene Bedeutung zu.

Verändert sich die Phase des Zusammenlebens von Eltern und Kindern, hat dies Konsequenzen für die Lebensformen der jüngeren, aber auch der älteren Generation. Eltern haben eine längere oder kürzere Phase des „leeren Nestes“, für erwachsene Kinder dehnen oder verkürzen sich Phasen unabhängiger Lebensformen.

Bei der Entwicklung des mittleren Alters (Altersmedian) beim Verlassen der elterlichen Wohnung zeigen sich in West- und Ostdeutschland erhebliche Veränderungen in der Abfolge der Geburtskohorten. Dabei unterscheiden sich nicht nur die alten und neuen Bundesländer deutlich, sondern auch Männer und Frauen.

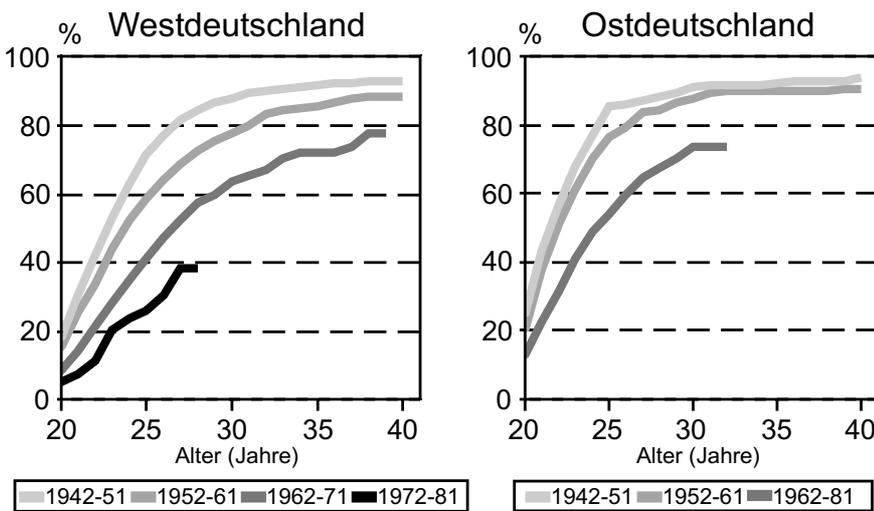
en. Auffallend ist, dass sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland von den älteren zu den jüngeren Geburtskohorten das mittlere Alter beim Verlassen der elterlichen

Graphik 1: Alter beim Auszug aus der elterlichen Wohnung in West- und Ostdeutschland



Datenbasis: Allbus 1988, 1991, 2000.

Graphik 2: Anteil jemals verheirateter Frauen in West- und Ostdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1980, 1982, 1986, 1988, 1991, 2000.

bis 1961 Geborenen. Das mittlere Auszugsalter liegt bei der jüngsten Kohorte nur gut ein Jahr darüber. Bei ihnen ist - trotz eines längeren Verweilens im Elternhaus - die Tendenz zu Unabhängigkeit in der Lebensform demnach deutlich stärker ausgeprägt als bei jungen Männern.

Für die Menschen in den neuen Bundesländern brachte der Fall der Mauer auch erhebliche Veränderungen in den privaten Lebensarrangements mit sich. Nicht nur Eheschließungen und Geburten, auch das Verlassen des Elternhauses wurde danach aufgeschoben, wie der Anstieg des mittleren Auszugsalters um mehr als ein Jahr bei Männern und Frauen der jüngsten Geburtsjahrgänge zeigt. Zuvor war in Ostdeutschland langfristig zunächst ein Absinken des durchschnittlichen Auszugsalters zu beobachten, wobei bei den Männern bereits ab der Kohorte 1962-71 ein leichter Wiederanstieg zu erkennen ist. Männer der jüngsten Kohorte in Ostdeutschland sind beim Verlassen des Elternhauses im Mittel dennoch mehr als zwei Jahre jünger als in Westdeutschland. Junge ostdeutsche Frauen ziehen dagegen sogar etwas später aus der elterlichen Wohnung aus als westdeutsche. Damit zeichnet sich auch in Ostdeutschland eine Schrumpfung der Phase des „leeren Nestes“ ab. Entgegen der Individualisierungsthese kommt der Elternfamilie im frühen Erwachsenenalter damit wieder eine gestiegene Bedeutung zu, was vielfach dazu beiträgt, Unsicherheiten und Risiken der weiteren Lebensgestaltung im beruflichen und familiären Bereich zu vermindern.

Weiterer Anstieg des Heiratsalters in Ost und West

Nach dem Verlassen des Elternhauses stellt die Eheschließung den nächsten markanten Übergang im Familienzyklus dar. Vor allem für westdeutsche Frauen hat sich mit der Bildungsexpansion eine stärkere Einbindung in das Berufsleben bei höherer Qualifikation ergeben, die zusammen mit den verlängerten Ausbildungszeiten zu einem Aufschub der Eheschließung

beitrug. Ein Wandel in der Heiratsneigung lässt sich anhand des kumulierten Anteils von Eheschließungen im Lebensverlauf anschaulich darstellen. Die Kurve zeigt, welcher Anteil einer Kohorte zu bestimmten Lebensjahren eine Ehe geschlossen hat. Der Verlauf der Kurve für Westdeutschland unterscheidet sich deutlich zwischen den verschiedenen Kohorten (Graphik 2). Seit den Geburtsjahrgängen der frühen fünfziger Jahre bleiben in der jeweils jüngeren Kohorte größere An-

teile junger Frauen länger ledig, und die Kurven zeigen dementsprechend einen flacheren Verlauf. Dieser Trend setzt sich auch bei den jüngsten Geburtsjahrgängen fort. Von der Geburtskohorte 1972-81 hatten mit 25 Jahren weniger als 30% der Frauen eine Ehe geschlossen. Bei der Kohorte 1952-61 lag der entsprechende Anteil in diesem Alter noch fast doppelt so hoch. Die materielle Situation junger Frauen erlaubt mittlerweile ein eigenständiges Leben auch ohne frühzeitige Festlegung durch eine Eheschließung, vor allem bei höher Qualifizierten mit langen Ausbildungszeiten und später beruflicher Etablierung. Gut 20% der zweitjüngsten Kohorte (1962-71) sind auch mit knapp 40 Jahren noch unverheiratet. Dennoch prägt die Ehe - wenn auch mit Aufschub - die Lebensverläufe der überwiegenden Mehrheit der jüngeren westdeutschen Frauen.

In Ostdeutschland ist eine andere Entwicklung zu beobachten als in Westdeutschland. Die weitgehende Eingliederung der Frauen in die berufliche Ausbildung und das Erwerbsleben hat sich in der früheren DDR nicht in einem höheren Heiratsalter niedergeschlagen. Allerdings waren auch die Wahlmöglichkeiten geringer und ein eigenständiges Wohnen wurde für junge Männer und Frauen durch eine Heirat erheblich erleichtert. Bei den älteren Kohorten in Ostdeutschland wurde der überwiegende Teil der Ehen in einer kurzen Altersspanne geschlossen: Bereits bis zum Ende des 25. Lebensjahrs waren nahezu 80% der Frau-

Tabelle 1: Anteil Verheirateter vor und nach dem Auszug aus dem elterlichen Haushalt

Geburtskohorten	Anteil Verheirateter (%)		
	1 Jahr vor Auszug	1 Jahr nach Auszug	5 Jahre nach Auszug
Westdeutschland			
Männer			
bis 1931	4	37	53
1932 - 1941	5	42	69
1942 - 1951	3	34	63
1952 - 1961	1	22	53
1962 - 1971	1	11	30
1972 - 1981	0	5	25
Frauen			
bis 1931	8	49	71
1932 - 1941	6	54	81
1942 - 1951	4	52	79
1952 - 1961	2	33	64
1962 - 1971	1	14	41
1972 - 1981	0	9	34
Ostdeutschland			
Männer			
bis 1931	7	42	69
1932 - 1941	7	44	76
1942 - 1951	7	44	74
1952 - 1961	4	31	67
1962 - 1981	3	15	54
Frauen			
bis 1931	16	61	77
1932 - 1941	9	54	87
1942 - 1951	9	61	85
1952 - 1961	7	48	81
1962 - 1981	4	23	61

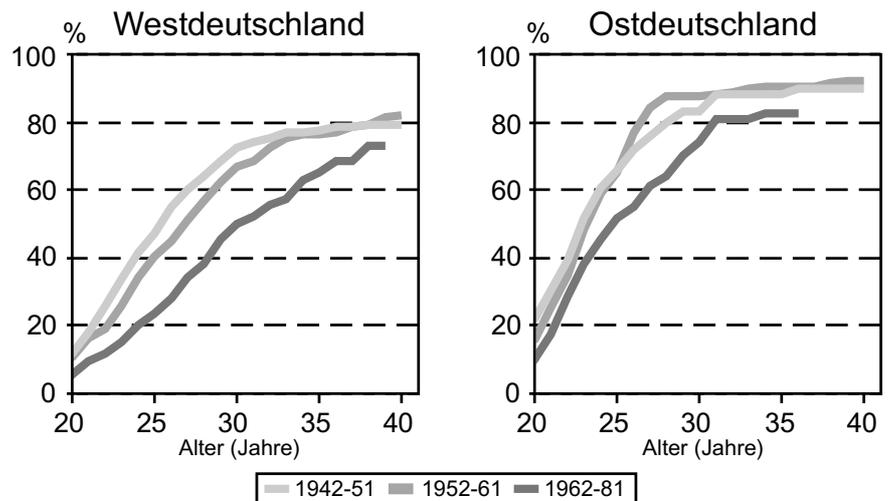
Datenbasis: Allbus 1988, 1991, 2000.

en verheiratet. Erst in der jüngsten Kohorte, den Geburtsjahrgängen von 1962-81¹, ist eine deutliche Veränderung festzustellen. Es wird seitdem auch in den neuen Bundesländern erheblich später geheiratet. Hier zeigt sich aus der Kohortenperspektive der drastische Rückgang in der Heiratsneigung nach dem Ende der DDR. In den neuen Bundesländern fand damit eine rasche Annäherung des Verhaltens an die alten Bundesländer in Richtung einer späteren Heirat statt. Anders als in den alten Bundesländern ging dieser Wandel sehr abrupt vonstatten. Zunehmende Wahlmöglichkeiten, aber auch wirtschaftliche und soziale Unsicherheiten nach der Wende haben wohl maßgeblich zu dieser raschen Veränderung des Verhaltens beigetragen. Es stellt sich auch die Frage, in welchem Umfang Frauen der jüngsten Kohorte in West- und Ostdeutschland nach der Beendigung ihrer Ausbildung eine zunächst aufgeschobene Heirat nachholen werden. In den neuen Bundesländern stellt sich die Ausgangslage anders dar, denn in der früheren DDR gingen mit unterschiedlicher beruflicher Qualifikation kaum Unterschiede beim Heiratsalter einher. Das hing nicht zuletzt mit zahlreichen sozialpolitischen Anreizen für Heirat und Elternschaft auch während der Ausbildungszeit zusammen.

Verlassen des Elternhauses und Heirat zeitlich weitgehend entkoppelt

Die Ausdehnung der Phase zwischen dem Verlassen des Elternhauses und einer Heirat hat durch die daraus resultierende Ausbreitung alternativer Lebensformen eine große Aufmerksamkeit in den Medien gefunden. Eine Heirat ist mittlerweile deutlich seltener ein Grund für das Verlassen des Elternhauses als bei den Geburtsjahrgängen, die bis zu Beginn der 50er Jahre geboren wurden. So ist es in den alten Bundesländern nur noch eine Minderheit von weniger als 10% in der jüngsten Kohorte, die ein Jahr nach dem Verlassen des Elternhauses verheiratet ist (Tabelle 1). Auch fünf Jahre nach dem Verlassen der elterlichen Wohnung sind in der jüngsten westdeutschen Kohorte nur etwa ein Drittel der Frauen und ein Viertel der Männer verheiratet. Dem Trend zur Ausdehnung der Phase vom Verlassen der elterlichen Wohnung bis zur Eheschließung steht allerdings die Ausdehnung des Verweilens in der elterlichen Wohnung entgegen: Männer und Frauen, die lange bei den Eltern gelebt haben, heiraten nach dem Verlassen des Elternhauses schneller als andere. Vor allem bei westdeutschen jungen Männern dürfte dies die weitere Ausdehnung der Phase „alternativer Lebensformen“ doch etwas abbremsen. Wegen zu geringer Fallzahlen werden die Geburtsjahrgänge ab 1972 für die neuen Bundesländer nicht getrennt ausgewiesen. Dennoch zeigt sich auch hier eine Tendenz zur zeitlichen Entkoppelung vom Verlassen des Elternhauses und der Eheschließung. Anders als in den alten Bundesländern ging diese Entwicklung in der früheren DDR von fehlenden Anreizen zu einer Eheschließung junger Mütter aus, die z.B. auch ohne Ehepartner eine eige-

Graphik 3: Anteil von Frauen mit mindestens einem Kind in West- und Ostdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1980, 1982, 2000.

ne Wohnung bekommen konnten und ein hohes Maß an sozialer Absicherung genossen.

Während es bei den älteren Kohorten durchaus nicht unüblich war, bereits vor dem Verlassen des Elternhauses zu heiraten, war dies bei der jüngsten Kohorte - zumindest in Westdeutschland - nur noch bei einer kleinen Minderheit von weniger als einem Prozent der Fall. Ostdeutschland unterscheidet sich in dieser Hinsicht, da hier über alle Kohorten die entsprechenden Anteile höher lagen - allerdings auch mit deutlich sinkender Tendenz. Bei einem höheren materiellen Wohlstand und der Verfügbarkeit von Wohnraum, stellt es offensichtlich eine Ausnahme dar, dass Ehepartner noch in der Wohnung der Eltern leben.

Kinderwunsch bei jüngeren Geburtsjahrgängen häufig spät realisiert

Die Geburt des ersten Kindes stellt nach der Eheschließung ein weiteres zentrales Ereignis im Familienzyklus dar. Veränderungen in diesem Bereich haben eine erhebliche bevölkerungspolitische Brisanz. Viele westeuropäische Länder stehen durch geringe Kinderzahlen mit der Folge der zunehmenden Alterung der Gesellschaft vor Problemen. Welches Verhalten liegt der Entwicklung in Deutschland zugrunde? Während in Westdeutschland bei den Geburtsjahrgängen der frühen Nachkriegsjahre die Geburt des ersten Kindes auf das dritte Lebensjahrzehnt der Frauen konzentriert war, nimmt diese Konzentration bei den jüngeren Kohorten ab, und zunehmend bekommen Frauen auch im vierten Lebensjahrzehnt noch Kinder (Graphik 3). Die Annäherung der Kurven der beiden jüngeren Kohorten an diejenige der ältesten Kohorte (1942-51) zeigt allerdings, dass der Anteil der Frauen, die bis zum Ende des vierten Lebensjahrzehntes mindestens ein Kind bekamen, sich nicht stark unterscheidet. Es handelt sich also in der Regel mehr um einen Aufschub als um eine Aufgabe des Kinderwunsches. Die Quote der im Alter von 40 Jahren Kinderlosen liegt

bei ca. 20%, und auch die jüngste Kohorte nähert sich an diesen Wert an. Auch noch im vierten Lebensjahrzehnt werden bei den jüngsten Kohorten vermehrt Kinderwünsche realisiert, was nicht zuletzt mit der späten Beendigung der Hochschulausbildung und erster Berufserfahrung vieler junger Frauen zusammenhängt. Der Anteil der Mütter, die ein zweites Kind bekommen, liegt bei ca. 70% und hat in der Kohortenfolge nicht abgenommen (tabellarisch nicht ausgewiesen). Somit findet auch Geschwisterlosigkeit keine zunehmende Verbreitung.

In der früheren DDR bekamen junge Frauen ihr erstes Kind deutlich früher und innerhalb einer kürzeren Altersspanne. Die Quote der Frauen, die im Alter von 40 Jahren noch kinderlos waren, liegt bei den beiden älteren Kohorten mit knapp 10% nur halb so hoch wie in Westdeutschland. Während bei der mittleren Kohorte die Realisierung eines Kinderwunsches noch stark auf das dritte Lebensjahrzehnt konzentriert ist, erkennt man bei der jüngsten Kohorte einen deutlichen Aufschub. Mit den zunehmenden Unsicherheiten für die weitere Biografie nach dem Ende der DDR, wurden nicht nur Ehen, sondern auch die langfristige Bindung durch ein Kind in spätere Abschnitte des Lebensverlaufs verschoben oder ganz vermieden. Hinzu kommt, dass eigenständige Wohnformen unter den veränderten Bedingungen auch ohne Familiengründung leicht zu realisieren sind.

Ein Viertel der ostdeutschen Mütter auch fünf Jahre nach der Geburt des ersten Kindes noch unverheiratet

Welche zeitliche Beziehung ist zwischen der Geburt eines Kindes und der Eheschließung zu beobachten? Haben unehelich geborene Kinder auch längerfristig unverheiratete Mütter? Ob Kinder in einer ehelichen Gemeinschaft aufwachsen, hängt wesentlich davon ab, ob der Geburt von Kindern eine Eheschließung vorangeht bzw. wann sie darauf folgt. In den

Tabelle 2: Verheiratetenanteil von Müttern vor und nach der Geburt des ersten Kindes

Geburtskohorten	Anteil Verheirateter (%)		
	1 Jahr vor Geburt	1 Jahr nach Geburt	5 Jahre nach Geburt
Westdeutsche Mütter			
bis 1931	50	91	96
1932 – 1941	47	89	96
1942 – 1951	44	89	94
1952 – 1961	45	88	91
1962 – 1981	47	88	91
Ostdeutsche Mütter			
bis 1931	33	96	98
1932 – 1941	45	87	92
1942 – 1951	42	88	91
1952 – 1961	33	74	86
1962 – 1981	25	64	73

Datenbasis: Allbus 1980, 1982, 2000.

jüngeren Geburtskohorten sind diesbezüglich deutliche Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern zu erkennen.

Jeweils ca. 40% der Mütter der jüngsten Kohorte in Ost- und Westdeutschland heiraten zeitlich eng synchronisiert mit der Geburt des ersten Kindes - innerhalb eines Jahres davor oder danach. Besonders im davor liegenden Zeitraum erkennt man Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland. So sind ein Jahr vor der Geburt nur 25% der jüngsten ostdeutschen Geburtskohorte verheiratet, bei westdeutschen jungen Müttern sind es 47%. Im Kohortentrend ist in Ostdeutschland eine deutliche Abnahme dieses Anteils zu erkennen, während sich die westdeutschen Werte nur wenig verändern. Kinder gehen in den jüngeren Geburtsjahrgängen der neuen Bundesländer demzufolge auch seltener aus mehrjährigen Ehen hervor als in den alten Bundesländern.

In Westdeutschland sind ein Jahr nach der Geburt des ersten Kindes knapp 90% der Frauen auch verheiratet. Hier sind keine Veränderungen in der Abfolge der Geburtskohorten zu erkennen. Spätestens wenn ein Kind erwartet wird oder geboren ist, wird in der Regel auch geheiratet.

In den neuen Bundesländern stellt sich die Situation etwas anders dar, vor allem bei der jüngsten Kohorte: Nur 64% der Mütter waren ein Jahr nach der Geburt des ersten Kindes verheiratet. Das heißt, gut ein Drittel der Mütter hatte zu diesem Zeitpunkt ein nichteheliches Kind. Zwar holt ein Teil der Mütter die Eheschließung in den folgenden Jahren nach, dennoch bleibt mehr als ein Viertel der ostdeutschen Mütter auch 5 Jahre nach der Geburt des ersten Kindes unverheiratet. Dieser Anteil ist mehr als doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Auch die veränderte familienpolitische Situation nach dem Beitritt der neuen Bundesländer zum Bundesgebiet hat die Heiratsneigung jun-

ger Mütter nicht erhöht. Im Gegenteil, selbst nach der Geburt eines zweiten Kindes bleiben in der jüngsten ostdeutschen Geburtskohorte 17% der betroffenen Mütter ledig.

Die Untersuchung neuerer Entwicklungen des Familienzyklus weist sowohl bei der Heirat und der Geburt des ersten Kindes als auch beim Auszug aus dem Elternhaus einen Trend zu einem weiteren Altersanstieg in West- und Ostdeutschland aus. Vor allem junge Männer in den alten Bundesländern wohnen mittlerweile meist über das 25. Lebensjahr hinaus noch bei den Eltern. Erst Jahre nach dem Verlassen des Elternhauses wird eine Ehe geschlossen. Dies lässt wiederum vermehrt Raum für „alternative Lebensformen“ außerhalb der Ehe. Dennoch kommt der Heirat im Zusammenhang mit der Geburt von Kindern immer noch eine große Bedeutung zu. Ein Jahr nach der Geburt des ersten Kindes sind in den neuen Bundesländern zwei Drittel der Mütter verheiratet, in den alten Bundesländern sind es sogar fast 90%. Die Geburt von Kindern wird zwar weiter aufgeschoben, kinderlos bleiben aber bisher nur gut ein Fünftel der westdeutschen Frauen. Nichtehele Lebensformen außerhalb des Elternhauses stellen mittlerweile eine „normale“ Phase im Familienzyklus dar, die allerdings weit überwiegend mit einer Eheschließung endet.

1 Wegen geringer Fallzahlen wird die Kohorte 1972-81 nicht getrennt ausgewiesen.

Diekmann, Andreas, Weick, Stefan (Hg.), 1993: Der Familienzyklus als sozialer Prozess. Bevölkerungssoziologische Untersuchungen mit den Methoden der Ereignisanalyse. Duncker & Humblot, Berlin.

■ **Stefan Weick, ZUMA**
Tel. 0621/ 1246 - 245
weick@zuma-mannheim.de

Soziale Exklusion und Inklusion: Indikatoren und Berichtssysteme für Wissenschaft und Politik

Gemeinsame Arbeitstagung der Sektion Soziale Indikatoren und des DIW

Am 22. und 23. November letzten Jahres fand am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine gemeinsame Arbeitstagung der Sektion Soziale Indikatoren der DGS und des DIW zum Thema ‚Soziale Exklusion und Inklusion: Indikatoren und Berichtssysteme für Wissenschaft und Politik‘ statt. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden theoretische Ansätze der Exklusionsforschung ebenso diskutiert wie entwickelte Berichtssysteme und die Erwartungen staatlicher wie nichtstaatlicher Policymaker an die Sozialberichterstattung.

Am Anfang der Veranstaltung berichteten Walter Wolf (EU-Kommission, Brüssel) und Peter

Semrau (BMA, Berlin) über aktuelle Forschungsaktivitäten und -ergebnisse auf nationaler und europäischer Ebene. Im Anschluss daran stellte Heinz-Herbert Noll (Mannheim) mit dem Europäischen System Sozialer Indikatoren einen eher quantitativ orientierten Ansatz der Sozialberichterstattung vor, während Peter Bartelheimer (Göttingen) Möglichkeiten der Indikatorkonstruktion auf Basis qualitativer Interviews erläuterte.

Am folgenden Tag wurden zunächst konzeptionelle Ansätze besprochen. In diesem Zusammenhang diskutierte Wolfgang Strengmann-Kuhn (Hohenheim) theoretische

Aspekte der Armutsmessung, während Petra Böhnke (Berlin) in ihrem Vortrag die Unterschiede zwischen einem Armuts- und einem Ausgrenzungskonzept herausarbeitete. Anschließend stellte Klaus Kortmann (München) erste Ergebnisse des Niedrigeinkommenspanels der Bundesregierung vor, und Ralf Himmelreicher (Bremen) diskutierte Probleme der Altersvorsorge.

Die letzten beiden Sitzungen beschäftigten sich explizit mit politischen Themen. Bei der Bewertung politischer Maßnahmen aus sozialwissenschaftlicher Sicht setzte sich Rolf Becker (Dresden) mit dem Thema der Ar-

mutsvererbung auseinander. Danach folgte eine Vorstellung des voraussichtlich im Januar 2002 erscheinenden Atkinsonreports und eine Diskussion seiner Relevanz für Sozialpolitik wie Sozialberichterstattung in der EU durch Peter Krause (Berlin). Im Anschluss gaben Rudolf Martens (Paritätischer Wohlfahrtsverband, Frankfurt a.M.) und Saskia Richter (Diakonisches Werk, Stuttgart) eine Stellungnahme zur Berichterstattung zu sozialer Exklusion aus Sichtweise der Nicht-Regierungsorganisationen ab. Zuletzt stellte Dietrich

Engels (Köln) Konzepte für nicht-monetäre Exklusionsindikatoren vor.

Zum Ende der Veranstaltung erschien auch Gert Wagner (Berlin) und leitete die Abschlussdiskussion der Tagung. In diesem Rahmen gab er einige grundlegende kritische Impulse für die Weiterentwicklung der im Laufe der vorangegangenen zwei Tage gehaltenen Vorträge.

Insgesamt zeigte sich am regen Besuch der Veranstaltung das große Interesse, das der So-

zialindikatorenforschung nicht nur aus der Wissenschaft entgegengebracht wird. Die Qualität der gehaltenen Vorträge sowie die angenehme Atmosphäre in den neuen Tagungsräumen des DIW taten ein Übriges, um die Veranstaltung zu einem vollen Erfolg werden zu lassen.

■ **Bernhard Christoph, ZUMA**

Tel.: 0621/1246-244

christoph@zuma-mannheim.de

Benchmarking Deutschland: Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Das im Herbst letzten Jahres von der Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Benchmarking im Bündnis für Arbeit herausgegebene Buch *Benchmarking Deutschland: Arbeitsmarkt und Beschäftigung* stellt eine äußerst umfangreiche Bestandsaufnahme zum Zustand und zu den Perspektiven des deutschen Arbeitsmarktes dar. Wie der Titel des Buches schon nahe legt, findet eine Bewertung der gegenwärtigen deutschen Situation nicht anhand eines politisch oder anderweitig vorgegebenen Maßstabes statt, sondern durch Benchmarking, also einen Vergleich mit anderen Gesellschaften und den Entwicklungen, die dort in den vergangenen Jahren stattgefunden haben. Zu diesem Zweck haben die Autoren eine Fülle von Aggregatdaten aus den unterschiedlichsten Quellen zusammengetragen, auf denen sie ihre umfassenden Analysen aufbauen.

Nach einer einführenden Zusammenfassung und Bewertung der Ergebnisse betrachten die Autoren in den 11 Kapiteln des Buches nicht nur die beiden Hauptthemen im engeren Sinne, sondern untersuchen auch verschiedene Gesichtspunkte der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes wie z.B. Arbeitszeitpolitik, Steuern, Abgaben und Sozialtransfers oder das Bildungswesen. Die Kapitel weisen dabei alle einen einheitlichen Aufbau auf: Zunächst werden die Problemstellung und der theoretische Hintergrund umrissen. Danach folgt ein tabellarischer Überblick über die ausgewählten Indikatoren und damit einhergehend eine Verortung der deutschen Werte im Gesamtkontext der Vergleichsländer. Anschließend werden die Ergebnisse detailliert dargestellt, diskutiert und bewertet. Dabei wird gegebenenfalls auch auf bewährte Praktiken in anderen Ländern verwiesen, die als Ansatzpunkt für zukünftige Reformbemühungen dienen könnten.

In den ersten beiden Kapiteln stellen die Autoren die grundlegenden Rahmendaten zum Arbeitsmarkt bereit. Im ersten Kapitel geht es dabei um die *Entwicklung des Arbeitsmarktes* im engeren Sinne, d.h. hier werden z.B. Arbeitslosen-, Erwerbs- und Beschäftigungsquo-

ten und ihre Entwicklung über die Zeit dargestellt. Das zweite Kapitel zielt eher auf *makroökonomische Aspekte* wie Staatsausgaben, Zinsen oder Bruttoinlandsprodukt.

In den folgenden zwei Kapiteln geht es um verschiedene regulatorische Aspekte. Kapitel 3 stellt Mechanismen der *Lohnbildung und Tarifpolitik* im internationalen Vergleich dar. Dabei werden sowohl Basisinformationen über nationale tarifvertragliche Bestimmungen als auch wichtige Hintergrundinformationen, wie z.B. der gewerkschaftliche Organisationsgrad oder der Grad der Abdeckung der Arbeitnehmer durch Tarifverträge geboten. Das nächste Kapitel beschäftigt sich mit der *Regulierung und Dynamik von Arbeitsmärkten* im engeren Sinne. Dabei werden Kündigungsschutzbestimmungen und die Regulierung bzw. Deregulierung verschiedener atypischer Beschäftigungsformen (d.h. befristete Beschäftigung, Teilzeitarbeit und Zeitarbeit) unterschiedlichen Outputindikatoren gegenübergestellt, wie beispielsweise der durchschnittlichen Beschäftigungsdauer oder der Arbeitskräftefluktuation.

Anschließend erörtern die Autoren Aspekte der aktiven und passiven *Arbeitsmarktpolitik*, also Ausgaben für die finanzielle Absicherung im Rahmen der Arbeitslosenversicherung und -hilfe auf der einen und arbeitsmarktpolitische Maßnahmenpakete auf der anderen Seite. Im sechsten Kapitel werden *Steuern, Abgaben und Sozialtransfers* und ihre unterschiedlichen Auswirkungen untersucht. Dabei stehen sowohl Kostenaspekte wie die Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeitnehmer und staatliche Ausgaben für die soziale Sicherung, als auch Leistungen wie die Sozialhilfe sowie Einkommensverteilung und Armutsquoten im Mittelpunkt.

Die nächsten drei Kapitel lassen sich unter dem Stichwort der Rahmenbedingungen für Unternehmen zusammenfassen. Dabei beziehen sie sich zunächst auf die *Arbeitszeitpolitik*, also z.B. auf durchschnittliche und tarifliche Arbeitszeiten, Bedeutung und Struktur der Teilzeitarbeit (speziell Unterschiede zwischen den

Geschlechtern) und Arbeitszeitpräferenzen (insbesondere die Freiwilligkeit der Teilzeitarbeit). Außerdem findet eine ausführliche Diskussion der möglichen Beschäftigungswirkung von Arbeitszeitverkürzungen, Teilzeitarbeit und Jobrotationsmodellen statt. Anschließend geht es spezifisch um die *Kostenstruktur der Unternehmen*. In diesem Zusammenhang werden einerseits produktionsbezogene Kosten für Arbeit und Energie und andererseits Kosten auf der Ertragsseite, also die Steuerbelastung der Unternehmen besprochen. Kapitel 9 vergleicht unter der Überschrift *Unternehmensgründung und Produktmarktregulierung* die Regelungsdichte auf den Produktmärkten verschiedener Länder, wobei insbesondere die administrativen Hürden für die Gründung neuer Unternehmen gegenübergestellt werden. Darüber hinaus werden noch weitere Einflussfaktoren und Strukturdaten für das Gründungsgeschehen dargestellt, wie z.B. die Verfügbarkeit von Risikokapital oder der Anteil und die Überlebenswahrscheinlichkeit neu gegründeter Firmen.

In den letzten beiden Kapiteln wird die Humankapitalbasis als Grundlage für die zukünftige Beschäftigungspolitik diskutiert. In Kapitel 10 findet sich unter der Überschrift *Innovation, Forschung und Entwicklung* ein vergleichender Überblick über staatliche Forschungsausgaben, Patentanmeldungen, den Beschäftigtenanteil in Hochtechnologiebranchen sowie die Anzahl der Forscher, wissenschaftlichen Publikationen und Patente im Verhältnis zur Beschäftigtenzahl bzw. zur Gesamtbevölkerung. Danach wird das *Bildungswesen* im engeren Sinne beleuchtet. Dabei ste-



Herausgeber

Zentrum für Umfragen, Methoden und
Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21/12 46-0
<http://www.gesis.org/sozialindikatoren/>

Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion

Bernhard Christoph

Satz und Druck

Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung

Kognito, Berlin

Zuma ist Mitglied der Gesellschaft
Sozialwissenschaftlicher Infrastrukturan-
einrichtungen (Gesis) e.V.
Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

hen Bildungsausgaben, Bildungsniveau, das Verhältnis von Lehrkräften zu Lernenden an Schulen bzw. Universitäten und die Bevölkerungsanteile mit Ausbildungsabschlüssen auf unterschiedlichen Niveaus im Mittelpunkt.

Die von den Autoren im Rahmen dieses Buches geäußerten Hauptkritikpunkte sind nicht unbedingt neu. Als zentral führen sie die aus einem starken Kündigungsschutz und einer zu starken Regulierung von Teilzeitarbeit, Zeitarbeit und befristeter Beschäftigung resultierende, zu geringe Flexibilität des Arbeitsmarktes und die insbesondere durch die Sozialbeiträge zu stark erhöhten Lohnnebenkosten an. Außerdem kritisieren sie u.a. die Segmentierung des Arbeitsmarkts (wobei besonders Frauen verstärkt in ungünstigen Beschäftigungsverhältnissen stehen), die zu geringe Ausrichtung der arbeitsmarktpolitischen In-

strumente auf eine Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt, sowie eine zu geringe Betonung des ‚Forderns und Förderns‘.

Obwohl die einzelnen genannten Kritikpunkte schon zuvor erhoben wurden, ist der vorliegende Band dennoch äußerst empfehlenswert. Dies liegt insbesondere an der breiten Auswahl international vergleichbarer Indikatoren, die *Benchmarking Deutschland* auf eine solide empirische Basis stellen. Diese ermöglicht den Autoren eine detaillierte Untermauerung ihrer Kritikpunkte und eine nachhaltige Illustration der im internationalen Vergleich oft eher ungünstigen Position der Bundesrepublik. Zudem zeichnet sich das Buch durch seine umfassende Darstellung der behandelten Themen aus, da die Autoren nicht nur einen isolierten Teilaspekt herausgreifen, sondern eine ganze Bandbreite unterschiedlicher Faktoren diskutieren, die erst

im hier hergestellten Zusammenhang ein umfassendes Bild der beschäftigungspolitischen Stärken und Schwächen Deutschlands ergeben.

Eichhorst, Werner; Profit, Stefan und Thode, Eric in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Benchmarking des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit: Gerhard Fels, Rolf G. Heinze, Heide Pfarr; Günther Schmid, Wolfgang Streek: Benchmarking Deutschland: Arbeitsmarkt und Beschäftigung. Bericht der Arbeitsgruppe Benchmarking und der Bertelsmann Stiftung. Berlin, Heidelberg, New York: Springer. 2001. ISBN 3-540-41758-3. Preis: € 44,95.

■ **Bernhard Christoph, ZUMA**
Tel.: 0621/1246-244
christoph@zuma-mannheim.de

Soziale Indikatoren auf dem DGS-Kongress in Leipzig Call for Papers

Der diesjährige Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie findet vom 7. bis 11. Oktober 2002 in Leipzig statt. Das übergreifende Thema des Kongresses lautet: „Entstaatlichung und soziale Sicherheit“.

Die Sektion Sozialindikatoren organisiert in diesem Rahmen zwei Veranstaltungen:

(1) „Sicherheit im Wandel: objektive Risiken und subjektive Wahrnehmungen und Bewertungen“

Vortragsangebote für diese Veranstaltung richten Sie bitte bis zum 2. April 2002 (Thema und 1-seitiges Abstract) an den Sprecher der Sektion Sozialindikatoren: Dr. Heinz-Herbert Noll, ZUMA, Postfach 122155, 68072 Mannheim, Tel.: 0621-1246-241, Fax: 0621-1246-100, e-mail: noll@zuma-mannheim.de.

Die Sektion Sozialindikatoren organisiert eine zweite Veranstaltung auf diesem Kongress in Kooperation mit der Sektion „Alter(n) und Gesellschaft“ zum Thema:

(2) „Sicherheit und Lebensqualität im Alter: Vom Staat zu Markt und individueller Verantwortung?“

Vortragsangebote für diese Veranstaltung richten Sie bitte ebenfalls bis zum 2. April 2002 (Thema und 1-seitiges Abstract) an die Sprecher beider Sektionen: Prof. Dr. Gertrud M. Backes, Universität GH Kassel, FB 04, Arnold-Bode-Str. 10, 34109 Kassel, Tel.: 0561/804-2981/2930; e-mail: gertrud.backes@uni-kassel.de und Dr. Heinz-Herbert Noll, ZUMA, Postfach 122155, 68072 Mannheim, Tel.: 0621-1246-241, Fax: 0621-1246-100, e-mail: noll@zuma-mannheim.de.